

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 10 (2004), Heft 10

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Victoria Liesche (vl), Anna Baranski (ab),
Deborah Bernsdorf (db)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/publikationen

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreutzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)
eMail: thomas.kreutzberg@dnr.de
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und redaktionelle Bearbei-
tung vor. Für unverlangt eingesandtes
Material keine Haftung. Namentlich ge-
zeichnete Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion/des Heraus-
gebers wieder. Redaktionsschluss: 15.
des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

2 Impressum

4 Editorial

- 2001-2004: Das DNR-Präsidium zieht Bilanz

11 Verbände, Umweltbewegung

- Rot-Grün: Kritische Halbzeitbilanz
- NABU-Jahresbericht 2003
- Sonderangebot: CD-ROM Korallenriffe

13 Abfall, Chemie, Emissionen

- Dosenpfand: Streit geht weiter
- Umweltverbände zur Chemiewahl
- Schadstoffbelastung im Ruhrgebiet
- Schadstoffbelastung in Schulen
- Risiken von Biozid-Produkten
- Papierindustrie: Umweltzerstörung

16 Agrarpolitik, Verbraucherschutz

- Pestizide belasten Grundwasser
- Keine Einigung bei Legehennenstreit
- Förderpreis Ökologischer Landbau
- Immer noch Möbel aus Raubbau-Holz
- Datenbank Agrarkulturerbe

18 Energie, Klima

- Klimawandel in Deutschland
- Offshore-Windkraft: Entspannung
- Energiewirtschaftsgesetz-Novelle
- Regierung zur Atomsicherheit
- CDU kritisiert Hermes-Bürgschaften
- Anzeigen gegen atomares Rollback

21 Gentechnik

- Gentechnik-Futter: Hinweis zulässig
- Artenvielfalt: Schutz vor Gentechnik
- Gentechnikgesetz weiter auf Eis
- Gen-Gräser: Pollen fliegen weit
- Ethikrat gegen Klonen

23 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik, Umweltkommunikation

- Umweltinformation: Mangelware
- Nachhaltigkeitsstrategie ohne Gender
- DNR zur Charta Holz
- Wachstumsmarkt Naturdämmstoffe
- Streit um Umweltinformationsgesetz

27 Naturschutz, Artenschutz

- Erstaufforstungsstopp gefordert
- Indikator für Artenvielfalt erarbeitet
- BMU wirbt für FSC-Siegel
- Erster privater Nationalpark
- Mehr Vögel trotz Windpark

30 Verkehr, Tourismus

- Binnenschifffahrt: Umwelt-Studie
- Deutsche Bahn: Fahrpreiserhöhung
- DB-Kundencharta in Kraft
- Rot-Grün/Verkehr: Negative Bilanz
- Verbände stützen Fluglärmschutz
- Neue Regelung für Lkw-Maut

33 Wasser, Meere

- Schadensbilanz der Elbe-Flut
- Medikamente im Trinkwasser
- Wasser/Hamburg: Volksbegehren
- Blei im Trinkwasser: Karte

35 Service

- Preise, Stipendien, Termine, Informationsquellen, Umweltsendungen

Sonderbeilage

- Aktiv.um: Impulse für engagierte Umwelt- und Naturschutzarbeit (separate Heftung)

2001-2004: Das DNR-Präsidium zieht Bilanz

Vier Jahre Engagement für Natur- und Umweltschutz und für Nachhaltigkeit

2001 - ein Jahr der Veränderungen

Die am 6. November 2004 zu Ende gehende Wahlperiode begann 2001 mit einer großen Veränderung: Nach 32 Jahren Präsidentschaft trat Prof. Dr. Wolfgang Engelhardt nicht mehr zur Wahl an. Er wurde mit nicht enden wollendem Applaus aus seinem Präsidentenamt verabschiedet und wenig später zum Ehrenpräsidenten gewählt. Prof. Engelhardt erhielt die erstmals verliehene goldene Ehrennadel des Deutschen Naturschutzrings. Er ist auch weiterhin für den DNR im Bereich "Globale Umweltthemen" tätig.

Vizepräsident Albert Lippert stellte sich ebenfalls nicht mehr zur Wiederwahl. Auch er wurde gebührend, mit der Überreichung der silbernen Ehrennadel des DNR verabschiedet und dann zum Ehrenmitglied gewählt. Albert Lippert steht auch heute noch für die Themen "Kirche und Umwelt" sowie "Ehrenamt" zur Verfügung.

Neuer DNR-Präsident: Wandel ohne Bruch

Hubert Weinzierl, langjähriges Präsidiumsmitglied des DNR, wurde mit großer Mehrheit zum Nachfolger im Präsidentenamt gewählt. Damit begann für den Dachverband eine neue Ära - ein Wandel ohne Bruch. So hat Hubert Weinzierl das unter Prof. Engelhardt Begonnene weitergeführt und doch auch verändert: Er steht für eine emotionale Politik - die Leidenschaft ist für ihn erforderlich für den "weiten Weg vom Kopf zum Handeln". Weder Askese noch Verzicht seien angesagt, sondern vielmehr ein "Programm der Hoffnung". Naturschutz ist für ihn kein Beruf und auch keine Wissenschaft, sondern eine umfassende Denkweise. Der DNR als Dachverband, so Hubert Weinzierl, müsse zusammen mit seinen Mitgliedern zu einer gesellschaftlichen Kraft fortentwickelt werden, um eine gesellschaftspolitische Wertediskussion um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands anzustoßen.

Im Laufe des Jahres standen viele Antrittsbesuche an: beim Bundeskanzler und beim Bundespräsidenten sowie bei allen

wichtigen Ressortministern, den Fraktionen und Parteien sowie den Vorsitzenden der verschiedenen Gesellschaftsgruppen.

Nachhaltigkeitsrat und Nachhaltigkeitsstrategie

Im April des Jahres wurde Hubert Weinzierl zusammen mit Jochen Flasbarth (NABU) und Angelika Zahrt (BUND) in den vom Bundeskanzler initiierten Rat für Nachhaltigkeit und Entwicklung (RNE) berufen und zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gremiums berufen.

Der Entwurf einer Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und zahlreiche Dialogpapiere des Rates für Nachhaltigkeit und Entwicklung folgten. Der DNR hat hierzu zusammen mit BUND und NABU in einem Gemeinschaftsprojekt Positionspapiere erarbeitet sowie Fachgespräche und Workshops durchgeführt, in denen die Vorschläge und Entwürfe mit den Mitgliedsverbänden, aber auch mit Vertretern aus der gesamten Umweltbewegung intensiv diskutiert wurden.

Vorbereitung der "Rio+10"-Konferenz

Eines der großen Themen 2001 war die Vorbereitung zum Umwelt- und Entwicklungsgipfel "Rio+10" in Johannesburg 2002. Die Arbeit, die vor allem vom Forum Umwelt & Entwicklung geleistet wurde, unterstützte der DNR aktiv in verschiedenen Gremien. Als für Internationales zuständiger DNR-Vizepräsident und in seiner Eigenschaft als Regional Councillor der Weltnaturschutzunion IUCN war Prof. Dr. Manfred Niekisch besonders stark in den Vorbereitungen aktiv. Als Mitglied der Governance Task Force arbeitete er zudem mit an einer grundlegenden Reform der IUCN, in der der DNR seit vielen Jahren Mitglied ist.

Neues Bundesnaturschutzgesetz

Ein Thema, das den DNR seit vielen Jahrzehnten beschäftigt, die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatschG), wurde nach unendlichen Stellungnahmen und Anhörungen über viele, viele Jahre vom Deutschen Bundestag am 14. November endlich verabschiedet. Das Gesetz findet die weitgehende Zustimmung der Naturschutzverbände, insbesondere wegen der Tatsache, dass erstmals der Eigenwert der Natur festgeschrieben wurde.

Sicherung des Nationalen Naturerbes

Ein weiteres zentrales Naturschutzthema für den DNR war die Koordinierung der

Aktivitäten zur Sicherung des Nationalen Naturerbes. Besonderen Schwung gewann die Debatte durch die Auseinandersetzungen um die Privatisierung von ökologisch wertvollen ehemaligen Treuhand-Flächen (heute BVVG) in Schutzgebieten. Im Zuge der Novellierung des Vermögensrechtsergänzungsgesetzes (VermRErgG) konnte hier ein historischer Kompromiss erzielt werden: Bund und Länder bekannnten sich zu ihrer Verantwortung für die Sicherung des nationalen Naturerbes und stimmten den Forderungen der DNR-Verbände zu, 100.000 ha wertvoller Naturschutzflächen nicht zu privatisieren. Der Erfolg des "BVVG-Kompromisses" basiert nicht zuletzt auf dem gemeinsamen Vorgehen aller Umweltverbände unter dem Dach des DNR, der 2001 unter Leitung von Vizepräsident Leif Miller eine gemeinsame Steuerungsgruppe gründete und damit seine klassische Koordinierungsaufgabe wahrnahm. Ab 2003 konnten so viele tausend Hektar Naturschutzflächen an verschiedene Bundesländer und an von diesen benannte Naturschutzverbände und -stiftungen übergeben werden.

Neues Grundsatzprogramm

Als ein weiterer Meilenstein liegt das neue DNR-Grundsatzprogramm vor, das drei Jahre lang in den Verbänden und Gremien diskutiert worden war.

Politische Geschäftsstelle in Berlin

Zu Beginn des Jahres hat der DNR eine politische Geschäftsstelle in Berlin als Anlauf- und Koordinierungsstelle für alle politischen Informationen aus der Bundeshauptstadt Berlin eingerichtet. Für die fachliche Betreuung ist Leif Miller zuständig. Damit hat der DNR als Dachverband eine Anbindung an die Hauptstadt Berlin geschaffen und seine Servicefunktion für die Mitgliedsverbände gefestigt.

Jahr des Ehrenamtes

2001 war das Jahr des Ehrenamtes. Gerade Natur- und Umweltschutzverbände sind geprägt durch "Ehrenamtler", ohne sie wäre kein Verband handlungsfähig. Es hat zahlreiche Veranstaltungen und Informationsmaterialien gegeben, viel Öffentlichkeit konnte leider nicht erreicht werden. Der DNR und seine Verbände haben in allen Gremien mitgewirkt und bei allen Anlässen zu diesem Thema die Belange und die Berücksichtigung der Natur- und Umweltschützer gleichberechtigt neben den karitativen und sozialen Gesellschaftsgruppen reklamiert.

Diskussionsrunde Atompolitik

Großen Zuspruch fand die vom DNR eingeladene Diskussionsrunde "Atompolitik" in Berlin mit Bundesumweltminister Jürgen Trittin und vielen Vertretern seines Hauses sowie den einschlägigen Mitgliedsverbänden des DNR. Einige im Vorfeld sehr kontrovers diskutierte Positionen konnten ausgetauscht und auch ein Mehr an Gemeinsamkeit erreicht werden.

Umweltpolitische Spitzengespräche

Interessante Spitzengespräche führten der DNR-Präsident und die Präsidiumsmitglieder mit Bundeskanzler Gerhard Schröder, Bundesumweltminister Jürgen Trittin, Bundesfinanzminister Hans Eichel, den Agrar-Staatssekretären Alexander Müller und Matthias Berninger und den Präsidenten von Umweltbundesamt (UBA) und Bundesamt für Naturschutz (BfN), Dr. Andreas Troge und Prof. Dr. Hardy Vogtmann.

DNR-Vizepräsident Prof. Dr. Manfred Nieckisch wurde 2001 in das Präsidium des Mitgliedsverbandes Zoologische Gesellschaft Frankfurt gewählt.

2002 - ein Jahr im Zeichen der nachhaltigen Entwicklung

"Nachhaltige Entwicklung" dieser Begriff und die entsprechenden Aktivitäten gewannen 2002 an Aufmerksamkeit und Bedeutung. Der im Vorjahr berufene Rat für Nachhaltige Entwicklung setzte seine Konsultationen fort und gab wichtige Impulse für den Weltgipfel in Johannesburg.

Umweltdimension der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung bot genügend Stoff für Diskussionen in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen. Das hierzu vom Bundesumweltministerium (BMU) eingesetzte Forschungsvorhaben "Umweltdimension der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie", das vom DNR in Zusammenarbeit mit NABU und BUND durchgeführt wurde, konnte erfolgreiche Beiträge zu dem von der Bundesregierung eingeleiteten Dialogprozess leisten.

In zwei erfolgreichen Workshops mit großer Beteiligung sowie mehreren Fachgesprächen wurden die Themen Mobilität, Klima-/Energiepolitik, Ernährung/Land-

wirtschaft, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Flächenverbrauch und Lebensstile mit Vertreter/innen der DNR-Mitgliedsverbände, aber auch mit Vertreter/innen aus der gesamten Umweltbewegung aktiv und intensiv diskutiert.

Nachhaltige Regionalentwicklung: Kongress in Hinterzarten

Den Auftakt bereitete der vom DNR in Zusammenarbeit mit dem Landesnaturschutzverband (LNV) Baden-Württemberg veranstaltete Kongress "Nachhaltige Regionalentwicklung im ländlichen Raum durch ehrenamtliches Engagement" in Hinterzarten. Die Veranstaltung endete mit der Verabschiedung einer gemeinsamen "Hinterzartener Erklärung" für die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume.

Bildungsmesse, Woche der Umwelt

Erstmals hat sich der DNR zusammen mit seinen Mitgliedsverbänden aus dem Umweltbildungsbereich auf Deutschlands größter Bildungsmesse "didacta" 2002 in Köln mit dem Thema "Zukunft gestalten lernen" präsentiert.

Auch die "Woche der Umwelt", zu der der Bundespräsident jährlich ins Schloss Bellevue nach Berlin lädt, hatte 2002 das Thema Nachhaltige Entwicklung. Mehr als 8000 Besucher/innen waren der Einladung gefolgt. Innovationen im umwelttechnischen Bereich zu diesem Thema wurden vorgestellt und diskutiert. Der DNR war mit der Gestaltung und Durchführung einer Podiumsdiskussion beteiligt.

26. Deutscher Naturschutztag in Hannover

Das Motto des 26. Deutschen Naturschutztages (DNT) in Hannover lautete "Biologische Vielfalt - Leben in und mit der Natur". Mehr als 500 Naturschützer/innen aus dem amtlichen, privaten und ehrenamtlichen Naturschutz nahmen an den vielfältigen Veranstaltungen teil. Ein Höhepunkt war der Besuch des ehemaligen sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow. In seiner Funktion als Präsident des Green Cross International hielt er einen Vortrag zum Thema "Naturschutz in Osteuropa - Anspruch und Realität" auch im Hinblick auf die Diskussion um Nachhaltigkeit bei der die EU-Osterweiterung.

Weltgipfel "Rio+10" in Johannesburg

Im Sommer war es dann so weit: In Johannesburg fand in Johannesburg der Welt-

gipfel "Rio+10", offiziell "World Summit on Sustainable Development" (WSSD), unter großer Teilnahme auch der deutschen Umweltverbände statt. Allen Unkenrufen zum Trotz verlief er nicht so ergebnislos wie anfangs befürchtet. Große Fortschritte blieben zwar aus, aber es gab keine nennenswerten Rückschläge. Aus Sicht der deutschen Umweltbewegung lässt sich sogar mit Freude feststellen, dass die internationalen, europäischen und deutschen Umweltverbände in Südafrika zusammengedrückt sind und sich die Zusammenarbeit effektiv und erfolgreich gestaltete.

Im Vorfeld hatten sich die umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen über das Forum Umwelt & Entwicklung in einer breit angelegten Kampagne auf die Themen des Gipfels vorbereitet und ihre damit verbundenen Positionen und Aktionen koordiniert. Anlässlich des Weltgipfels veröffentlichten der DNR und der entwicklungspolitische Dachverband Venro ein gemeinsames Bilanzpapier "Zehn Jahre Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland aus der Sicht der umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen".

Bundestagswahl und Koalitionsverhandlungen

Als nächster Höhepunkt folgte schon kurz darauf die Bundestagswahl. Der DNR hatte mit seinen Mitgliedsverbänden hierzu Kernforderungen für einen "Öko-Parteientest" formuliert und abgestimmt. Nach der Wahl wurden diese ausgewertet und ein gemeinsames Positionspapier zu den Koalitionsvereinbarungen erstellt, um die Koalitionsverhandlungen konstruktiv-kritisch zu begleiten. Einige der aufgeführten Forderungen fanden sich tatsächlich im Koalitionsvertrag wieder.

Politische Spitzengespräche

DNR-Präsident Hubert Weinzierl und die Präsidiumsmitglieder führten auch in diesem Jahr eine große Anzahl an politischen Spitzengesprächen. Gesprächspartner waren Bundeskanzler Gerhard Schröder, Bundesumweltminister Jürgen Trittin, Bundesverbraucherministerin Renate Künast, Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn, Ministerpräsident von Bayern und Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber, EU-Agrarkommissar Franz Fischler, EU-Kommissarin Margot Wallström, die Präsidenten des Bundesamts für Naturschutz und des Umweltbundesamtes,

Hardy Vogtmann und Andreas Troge, und andere.

Eckpunkte zur Jagd

Das neue Grundsatzprogramm des DNR und das Eckpunktepapier zur Jagd konnten 2002 nach einem langen, aber konstruktiven Diskussionsprozess endlich verabschiedet werden.

Neues Team in Berlin, neue Projekte

Die beiden DNR-Publikationen Deutschland-Rundbrief und EU-Rundschreiben starteten, wenn auch zeitlich etwas verzögert, mit einer neuen Crew ins neue Jahr. Erfreulicherweise hatte das BMU zuvor die Finanzierung des Deutschland-Rundbriefes sichergestellt, so dass seitdem ein kleines Redaktionsteam die Erstellung gewährleisten kann.

Auch die EU-Koordination begann mit einem neuen Team, das die EU-Projekte kontinuierlich weiterführen konnte.

Für drei Projekte erhielt der DNR nach einigen Anlaufschwierigkeiten doch noch die Bewilligung von BMU und UBA:

- Europäischer Verfassungskonvent (EU-Koordination),
- Koordinierungs- und Vernetzungsprojekt im Rahmen des Internationalen Jahres der Berge
- Vorstudie "Gender Mainstreaming - Relevanz und Herausforderung für Umwelt- und Naturschutzverbände" zur Erarbeitung von Grundlagen für ein umfassendes Gender Mainstreaming.

Schutzgebiete: Internationaler Kongress in Durban

Der alle zehn Jahre stattfindende World Parks Congress (WPC) der World Commission on Protected Areas wurde dieses Jahr in Durban (Südafrika) abgehalten und erzielte mit über 300 Teilnehmer/innen ein Rekordergebnis. DNR-Vizepräsident Prof. Dr. Niekisch und verschiedene Vertreter der Mitgliedsverbände nahmen daran teil. Das Motto des WPC lautete "Benefits beyond boundaries", und so wurden vor allem innovative Formen des Schutzgebietsmanagements unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung und die Wirkung von Schutzgebieten "über ihre Grenzen hinaus" diskutiert. Die Schirmherrschaft über die Veranstaltung hatten der südafrikanische Präsident Nelson Mandela und die jordanische Königin Noor.

2003 - ein Jahr vielfältiger Herausforderungen

Die DNR-Mitgliederversammlung 2002 hatte zwei Schwerpunktthemen für das Jahr 2003 beschlossen: "Ländlicher Raum" und "Erneuerbare Energien".

Agrarwende und ländlicher Raum

Der DNR startete mit maßgeblicher Beteiligung von BUND, NABU und weiteren Mitgliedsverbänden sowie dem WWF erneut eine Verbraucherkampagne. "Bio-Milch - Jeder Schluck ein Stück Natur" war das Motto der vom Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) und von der Centralen Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) getragenen Kampagne zur Unterstützung der Grünlandwirtschaft.

Zum Schwerpunktthema Agrarwende führte der DNR in Kooperation mit dem AgrarInformationsdienst aid und dem Verband für nachhaltiges Umweltmanagement (VNU) zwei Veranstaltungen zu "Umweltmanagement in der Landwirtschaft - eine europäische Dimension" durch.

Gleichzeitig war dies der Beginn der bundesweiten Regionalkonferenzen zum "Agrar-Öko-Audit".

Pressefahrten in Nationalparke

Besonderes Interesse fanden die drei Pressefahrten, die der DNR - vertreten durch Präsident Hubert Weinzierl und Generalsekretär Helmut Röscheisen - in Kooperation mit seinen Mitgliedsverbänden organisierte:

- in den geplanten Nationalpark Eifel, den ersten seiner Art im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen. Bundesumweltminister Jürgen Trittin und Landesumweltministerin Bärbel Höhn sowie Vertreter/innen der lokalen Naturschutzverbände und Behörden nahmen an diesem Besuch teil;
- in das Biosphärenreservat Schorfheide (Brandenburg) unter Beteiligung des Parlamentarischen Staatssekretärs im BMVEL Matthias Berninger, der sich hier dem Schwerpunktthema Jagd stellte;
- in den Nationalpark Bayerischer Wald/ Böhmerwald (Šumava) unter Beteiligung des Tierfilmers und Autors Heinz Sielmann, des Touristikverbandes deutsch-tschechischer Naturschützer und von Journalisten. Im Mittelpunkt standen Fragestellungen zum bilateralen Nationalpark.

Erneuerbare Energien

Bundesumweltminister Trittin reiste mit einer Delegation, zu der auch DNR-Vizepräsident Niekisch gehörte, zum ersten lateinamerikanischen Kongress über erneuerbare Energien nach Brasilien, um dort unter anderem für die Konferenz "renewables 2004" zu werben.

Umweltverträgliche Windenergienutzung

Auf einer Pressekonferenz in Berlin stellte der DNR ein mit seinen Mitgliedsverbänden koordiniertes Positionspapier zu Windkraftanlagen im Meeresbereich ("off-shore") vor, das die Grundlagen für einen naturverträglichen Ausbau der Windenergie beinhaltet. Der Dachverband signalisierte damit der Politik seine Bereitschaft, den erneuerbaren Energien in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen.

Im Herbst gelang der Start einer großen DNR-Kampagne zum Thema "Natur- und umweltverträgliche Windenergienutzung an Land". Arbeitsschwerpunkte sind dabei die Auswertung der Analyse zur Situation der Windenergie in Deutschland, eine entsprechend wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit und die Erarbeitung von Checklisten für Mindeststandards für Planung und Errichtung von Windkraftanlagen (WKA).

Es geht darum, die Bevölkerung und wichtige Multiplikatoren von der Notwendigkeit und Realisierbarkeit einer natur- und umweltverträglichen Nutzung der Windenergie zu überzeugen und dafür zu gewinnen. Hierfür wurden die Grundlagen erarbeitet und Informationen erstmals systematisch aufbereitet und ausgewertet. Die Erarbeitung der Mindeststandards für Planung und Errichtung von WKA auf der Basis der geltenden Umweltvorschriften der EU könnte einen wichtigen Beitrag zur Gemeinwesenentwicklung liefern.

"Nachhaltigkeit und zivilgesellschaftliche Partizipation"

In Fortsetzung ihres Gemeinschaftsprojekts "Umweltdimension der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie" zogen DNR, BUND und NABU im Oktober bei einem Monitoring-Workshop eine Zwischenbilanz, um den Stand der Umsetzung durch die Bundesregierung zu beurteilen. "Nachhaltigkeit und zivilgesellschaftliche Partizipation" hieß das Nachfolgeprojekt.

Bildungsmesse in Nürnberg

Auch 2003 konnten sich der DNR und sieben seiner Mitgliedsverbände (Bund Naturschutz in Bayern, Deutscher Alpenverein, Bundesverband für Umweltberatung, Aktion Fischotterschutz, Komitee gegen den Vogelmord, Landesbund für Vogelschutz, DNR-Projekt Zukunftspiloten und Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher) wieder auf einer kostenlosen Fläche bei der didacta-Bildungsmesse in Nürnberg mit einer Sonderschau interessant und erfolgreich präsentieren. Das Thema lautete: "Leben gestalten lernen - Kompetenzen entwickeln, Persönlichkeit stärken, Zukunft sichern".

"Nachhaltig aktiv für die Berge"

Mit großem Erfolg schloss der DNR sein Projekt "Nachhaltig aktiv für die Berge" zum Internationalen Jahr der Berge ab. Den Schlussakzent setzte eine Expertengesprächsrunde mit Bundesumweltminister Jürgen Trittin sowie Behörden- und Verbändevertreter/innen in Berlin. Anlass war die Erarbeitung umfangreicher Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Berggebietspolitik. Eine umfangreiche Dokumentation wurde erstellt.

Vorstudie Gender Mainstreaming

"Geschlechterverhältnisse im Naturschutz" ist ein Thema, an dem die Verbände großes Interesse haben. Dies war das Hauptergebnis einer Vorstudie zum Thema "Gender Mainstreaming - Relevanz und Herausforderung für Natur- und Umweltschutzverbände", die der DNR zum Jahresende bei einem Projektteam der Universität Lüneburg in Auftrag gab. Ziel war eine erste Bestandsaufnahme. Die in der Studie dokumentierten Interviews und Fragebogen-Antworten zeigten, dass die Umweltverbände weiter an dem Thema arbeiten wollen. Der DNR stellte sich dieser Koordinierungsaufgabe und hat mit seinen Mitgliedsverbänden diesen Prozess angestoßen.

Kooperationsvereinbarung mit Green Cross International

Nachdem beim 26. Deutschen Naturschutztag 2002 in Hannover die Grundlage für ein Abkommen zwischen Green Cross International und dem DNR gelegt worden war, unterzeichneten Green Cross-Vorsitzender Michail Gorbatschow und DNR-Präsident Hubert Weinzierl das Dokument am 15. Juli 2003 in Bonn. Anlass war das 10-jährige Bestehen des Bundesamts für Naturschutz (BfN). Durch

eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit und gemeinsame konkrete Projekte wollen Green Cross International und der DNR die Realisierung ihrer Zielvorstellungen erreichen. Dazu gehören verantwortungsvolles Handeln gegenüber Natur und Mensch, umweltverträgliches Wirtschaften, Verhinderung von militärischen Konflikten und der Klimaschutz. Drei Vorhaben sind bereits in der Umsetzung: das Grüne Band (Federführung: BUND), das Wolga-Schutzprogramm (Stiftung Euronatur) und ein Umwelterziehungsprojekt (DNR).

Lobbyarbeit für Dosenpfand

Das Thema "Pflichtpfand für Dosen und Einwegflaschen" blieb das ganze Jahr in den Schlagzeilen. Immer wieder gab es von Seiten der Verpackungsindustrie neue Anstöße und Versuche das Dosenpfand zu verhindern, zu unterlaufen und Störfeuer zu initiieren. Das bedeutete Dauerstress und ständiges "Auf der Hut Sein" für den hier federführenden und koordinierenden DNR-Mitgliedsverband Deutsche Umwelthilfe (DUH).

Weitere Aktivitäten

Unter den zahlreichen DNR-Initiativen zu aktuellen Themen sind 2003 noch herauszustellen:

- Unterstützung der Umweltdachmarke Viabono für sanften Tourismus (in Kooperation mit der Gmünder Ersatzkasse)
- DNR-Stellungnahme zum Hochwasserschutzgesetz
- Stellungnahme zur Novelle der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV)
- DNR-Nachwuchsförderprogramm "Kurs Zukunftspiloten"
- Tagung "Frischer Wind für die Umweltbewegung" zum Nachwuchsproblem der Naturschutzverbände
- Flächenmanagement-Projekt "Entwicklung und Unterstützung von effizienten Strukturen zur wirtschaftlichen Verwaltung von Schutzgebietsflächen im Eigentum von Naturschutzstiftungen und -verbänden" in Zusammenarbeit mit dem Institut für Ökologie und Naturschutz

Umweltpolitische Gespräche

DNR-Präsident Weinzierl und Präsidiumsmitglieder bewältigten auch 2003 ein großes Pensum an politischen Spitzengesprächen, an denen, wann immer die Möglichkeit bestand, auch Vertreter/innen der Mitgliedsverbände teilgenommen haben. Gesprächspartner waren Bundeskanzler Gerhard Schröder, Bundesumweltminister Jürgen Trittin, Bundes-

verbraucherministerin Renate Künast, Bundesfamilienministerin Renate Schmidt, Agrar-Staatssekretär Matthias Berninger, die Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen, der Grünen-Vorsitzende Reinhard Bütikofer, die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und Mitglieder des CDU-Präsidiums sowie BfN-Präsident Hardy Vogtmann und UBA-Präsident Andreas Troge.

EU-Koordination

Die EU-Koordination des DNR war auch 2003 mit ihren Service- und Koordinierungsleistungen für die Verbände und Öffentlichkeit sehr erfolgreich. Wichtigster Themenschwerpunkt war die Begleitung der WTO-Ministerkonferenz in Cancún (Mexiko). Hierzu gab es zwei Workshops zu "Unternehmensverantwortung und Unternehmen in der Globalisierungsfalle" und über intensive Lobbyarbeit zum EU-Konvent.

Des Weiteren leistete die EU-Koordination Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit zum EU-Atomvertrag EURATOM und Koordinierungs- und Lobbyarbeit zur EU-Chemikalienpolitik. Monatlich wurden das EU-Rundschreiben und Sonderhefte zum Dialog- und Vernetzungsprojekt "Die Zukunft der EU aus der Sicht der Umweltverbände" erstellt und herausgegeben.

2004 - mit Wirtschafts- und Sozialinteressen im Konflikt

Für 2004 hatte die DNR-Mitgliederversammlung des Vorjahres drei Themenschwerpunkte verabschiedet: Erneuerbare Energien, Gender Mainstreaming in den Umweltverbänden und "Strategische Allianzen".

Erneuerbare Energien: Konferenz "renewables 2004"

Vom 1. bis zum 4. Juni fand in Bonn die internationale Konferenz für Erneuerbare Energien "renewables 2004" statt. Am letzten Tag nahmen Regierungsvertreter/innen aus 154 Ländern die "Politische Deklaration" der Konferenz an. Der DNR, der durch die Präsenz seiner Präsidiumsmitglieder und vor allem durch die intensive Vorbereitung und aktive Mitarbeit des Forums Umwelt & Entwicklung beim NGO-Forum der Konferenz beteiligt war, zeigte sich zufrieden mit den Gesamtergebnissen und vor allem mit der durch die Bonner Konferenz bewirkten Aufbruchstimmung.

DNR-Präsident Hubert Weinzierl eröffnete als stellvertretender Kuratoriumsvorsitzender der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gemeinsam mit Bundespräsident Johannes Rau die Ausstellung "Erneuerbare Energien" in der Villa Hammerschmidt.

Mindeststandards für den Windenergieausbau

Ziele des Projekts "Mindeststandards für den umwelt- und sozialverträglichen weltweiten Ausbau der Windenergie" sind eine objektive Information und Aufklärung über den umweltverträglichen Einsatz der Windenergie, die Darstellung der Bedeutung der erneuerbaren Energien einschließlich der Windenergie als Beitrag für den Klimaschutz, Imagewerbung für eine verträgliche Windenergienutzung, Aufzeigen der Anforderungen für einen Ausgleich zwischen den Anliegen des Natur- und Umweltschutzes, der betroffenen Bevölkerung und der Windenergienutzung. Durch die Kampagne sollen örtliche Naturschutzverbände und andere Umweltinteressierte beim Engagement für Erneuerbare Energien unterstützt und ermutigt werden.

Die Mitglieder hatten auf ihrer Jahresversammlung 2003 den DNR beauftragt, ein Gesamtpapier zu einer allumfassenden Energiepolitik für Deutschland erstellen zu lassen und vor der nächsten Mitgliederversammlung mit den Mitgliedsverbänden abzustimmen.

Bildungsmesse in Köln

Der in diesem Jahr wesentlich kleinere, aber dennoch viel beachtete Ausstellungsstand des DNR und einiger seiner Mitgliedsorganisationen stand unter dem Motto "Bildung für nachhaltige Entwicklung". In drei Workshops diskutierten und demonstrierten der DNR und seine bildungspolitisch aktiven Mitgliedsverbände attraktive Modelle und Beispiele als Antwort und Reaktion auf die kritischen Ergebnisse der PISA-Studie zur Schulbildung in Deutschland.

27. Deutscher Naturschutztag in Potsdam

Der 27. Deutsche Naturschutztag (DNT) im Mai in Potsdam bot unter dem Motto "Neue Horizonte - Zukunftsaufgabe Naturschutz" wieder eine reichhaltige Palette an Themen und Fragestellungen, die in Vorträgen behandelt und in Arbeitskreisen

diskutiert und vertieft wurden. Schwerpunktthemen waren:

- Gewässer und Hochwasser
- Flächenschutz und -management
- Naturschutzrecht
- Kommunikation und Bildung im Naturschutz
- Naturschutz unter sich verändernden Rahmenbedingungen.

Zusätzlich wurden diese Themen bereichert durch:

- zwei Werkstätten (Heimat und Naturschutz; Gender und Naturschutz)
- freie Foren
- Ausstellungen
- Exkursionen sowie
- ein interessantes Rahmenprogramm, das von Naturschutzorganisationen vor Ort durchgeführt wurde.

Im Mittelpunkt der Abschlussveranstaltung stand das hochbrisante Thema "Gentechnik und Naturschutz" mit Fragestellungen wie: Welche Konsequenzen ergeben sich für den Naturschutz in der Zukunft? Lassen sich Grüne Gentechnik und biologische Vielfalt vereinbaren? Es gab zahlreiche interessante, anregende Diskussionen und vielfältige Kooperationsangebote.

Auch in diesem Jahr wurden die Aufgaben der drei Veranstalter kooperativ im Rotationsverfahren aufgeteilt: Die Teilnehmer/innen wurden von DNR-Präsident Weinzierl begrüßt und von BfN-Präsident Vogtmann verabschiedet, den Hauptvortrag der Veranstalter hielt Prof. Johann Schreiner, Vorsitzender des Bundesverbandes Beruflicher Naturschutz (BBN).

Am Rande des DNT wurden weitere Gespräche über die Erfüllung des 2003 geschlossenen Abkommens zwischen Green Cross International und dem DNR geführt.

WA-Artenschutzkonferenz in Bangkok

Die 13. Vertragsstaatenkonferenz zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen fand in Bangkok (Thailand) statt. In der Vorbereitung hatte sich der DNR wie immer engagiert. DNR-Vizepräsident Prof. Dr. Niekisch war in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Artenschutzbeirates von BMU und BfN Mitglied der deutschen Delegation, ebenso Petra Deimer vom DNR-Mitgliedsverband Gesellschaft zum Schutz der Meeressäugtiere. Auch Vertreter/innen weiterer DNR-Mitgliedsverbände waren aktiv an der Konferenz beteiligt. Die Vertragsstaatenkonferenz brachte mit der

Listung und damit dem Schutz des Riesenhai und der Tropenholzart Ramin einen wirklichen Durchbruch, wenngleich das Verbot des Handels mit Nashorn-Trophäen und Elfenbein aufgeweicht wurde.

Vorbereitung zum World Conservation Congress der IUCN

Im November findet ebenfalls in Bangkok der 3. World Conservation Congress der Weltnaturschutzunion IUCN statt. Im Rahmen der Vorbereitungen lud der DNR als "German Focal Point" der IUCN die deutschen Mitglieder zu zwei Vorbereitungssitzungen unter Leitung von DNR-Vizepräsident Prof. Dr. Niekisch ein. Niekisch steht in Bangkok zur Wiederwahl als Regional Councillor für Westeuropa und vertritt den DNR und einige seiner Mitgliedsverbände vor Ort.

Föderalismusdebatte

Der DNR hat sich entsprechend seiner Schwerpunktaufgabe intensiv in die Föderalismusdebatte eingemischt. Er koordiniert die Meinungsfindung der Umweltverbände und hat eigens einen DNR-eMail-Informationsdienst "Föderalismus" für seine Mitglieder eingerichtet.

Bundespräsidentenwahl

Ein besonderer Termin war die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung, in die DNR-Präsident Hubert Weinzierl als Wahlmann berufen war. Ein enormes Pensum absolvierte der Präsident auch in seinen verantwortungreichen Funktionen als stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE).

Erfolg für Dosenpfand

Auch in diesem Jahr mussten beim Thema "Pflichtpfand für Dosen und Einwegflaschen" große Anstrengungen unternommen werden. Der DNR blieb mit starker Unterstützung des federführenden Mitgliedsverbandes Deutsche Umwelthilfe (DUH) am Ball und kann einen gewichtigen Anteil an dem im Oktober erreichten Durchbruch für sich verbuchen. Ebenso intensiv engagierte sich die DUH für ihren Dachverband beim Thema Dieselruß-Partikelfilter.

Langfristige Finanzierungsansätze zur Sicherung des Nationalen Naturerbes

2004 wurde die erfolgreiche Arbeit der DNR-Steuerungsgruppe "Sicherung des

nationalen Naturerbes" erweitert, da neben den BVVG-Flächen in den nächsten Jahren für weitere bedeutsame Naturschutzflächen die Frage der Sicherung steht. Es handelt sich vor allem um ehemals oder derzeit noch militärisch genutzte Flächen sowie um Flächen in Bergbaufolgelandschaften. Bund, Länder und Verbände sehen sich zunehmend außerstande, die Folgekosten für den Unterhalt dieser Flächen zu tragen. Das verstärkt die Tendenz Grundflächen im Zuge der Privatisierung aufzugeben. Da sich die verbandsübergreifende Fach- und Lobbyarbeit unter dem DNR-Dach sehr bewährt hat, wurde aus der Steuerungsgruppe die DNR-Strategiegruppe Naturschutzflächen unter Leitung von DNR-Vizepräsident Leif Miller. Ihr wichtigstes Ziel für 2004 ist das Herausarbeiten langfristiger Finanzierungsansätze zur Sicherung des Naturerbes unter besonderer Berücksichtigung der Folgekosten. Hierzu fand im September ein viel beachteter Workshop mit zahlreichen externen Experten im Berliner Reichstag statt. Die diskutierten Lösungsvarianten, etwa eine Bund-Länder-Stiftung Natur, werden mit weiterführenden Gutachten intensiv geprüft.

Veranstaltungsreihen zur EU-Umweltpolitik

Durch zahlreiche Veranstaltungen, Besuchsprogramme, Workshops und Veröffentlichungen hat die EU-Koordination auch in diesem Jahr wesentlich dazu beigetragen, die deutsche Umwelt- und Naturschutzszene über die Entwicklungen auf der europäischen Ebene zu informieren und sich aktiv an der Weiterentwicklung der EU zu beteiligen. Alle Aktivitäten sowie die breite inhaltliche Expertise der EU-Koordination haben außerdem dazu geführt, die an Nachhaltiger Entwicklung Interessierten auf nationaler und europäischer Ebene besser miteinander zu vernetzen.

Ein Höhepunkt war die erste "StreitBar" zu den Wahlen zum Europäischen Parlament, im Februar in Berlin mit den Spitzenkandidat/innen von Grünen, PDS und FDP, Rebecca Harms, Sylvia-Yvonne Kaufmann und Alexander Graf Lambsdorff.

Sehr positiv wurde die Workshopreihe zur EU-Umweltpolitik für Vertreter/innen der Umweltverbände aufgenommen. Insgesamt wurden in diesem Jahr bisher 17 Veranstaltungen organisiert und durchgeführt, fünf weitere sind geplant.

Weitere Aktivitäten der EU-Koordination

Nicht zuletzt wurden das EU-Rundschreiben mit seinen themenspezifischen Sonderteilen sowie diverse Hintergrundinformationen etwa im Bereich EU-Chemikalienpolitik oder Weltinformationsgesellschaft als wichtige Bereicherung der täglichen Arbeit der Mitgliederverbände und als verständliche, leicht abrufbare Informationen wahrgenommen.

Wichtige Schwerpunktthemen waren:

- Europäische Verfassung, EURATOM-Vertrag
- Wahlen zum Europäischen Parlament
- Projekt "Nachhaltiges Europa" zur Umsetzung der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie (gemeinsam mit der EU-Kommission)
- Europäische Chemikalienpolitik
- Welthandel
- Unternehmensverantwortung
- Europäische Verkehrspolitik
- Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS)

Ein eigener Internetauftritt wurde etabliert: Unter www.eu-koordination.de können Informationen zu EU-Themen abgerufen werden. Außerdem wurde ein regelmäßiger eMail-Service eingerichtet, der aktuell über Entwicklungen auf der EU-Ebene informiert.

EU-Rundschreiben und Sonderteile

Kontinuierlich arbeitet das Berliner Team der EU-Koordination an der Informationsaufbereitung von umweltpolitischen Nachrichten in der EU für die Mitgliederverbände und die Abonent/innen des EU-Rundschreibens. Rund 600 Artikel zu Themen wie Naturschutz, Energie, Gentechnik, Agrar- und Chemikalienpolitik sind dabei entstanden. Zehn Ausgaben des EU-Rundschreibens und zehn Sonderteile erschienen in dem für Europa so wichtigen Jahr der EU-Erweiterung durch den Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten.

Deutschland-Rundbrief und Sonderteile

Das DNR-Redaktionsbüro in Berlin sichtet täglich Nachrichten über aktuelle umweltpolitische Entwicklungen und Hintergründe aus diversen Quellen von Verbänden, Politik und Medien. Zahl und Qualität dieser Quellen sind 2004 noch einmal gestiegen. Die Informationen werden kontinuierlich aufgearbeitet, die Ergebnisse erreichen die Mitgliederverbände und Abonent/innen als Meldungen im Deutsch-

land-Rundbrief (DRB), teilweise auch im EU-Rundschreiben und zunehmend über den Info-Service.

Die zehn DRB-Ausgaben des Jahres enthielten auf durchschnittlich 40 Seiten insgesamt 500 Beiträge zu allen Themenbereichen des Umwelt- und Naturschutzes, einschließlich zwei bis drei längerer Gastartikel pro Heft, die die Diskussion innerhalb der DNR-Verbände widerspiegeln und befördern. Dazu kamen neun Sonderteile zu Themen wie Wasserrahmenrichtlinie, Beteiligungsrechte, Geschlechterverhältnisse und Windenergie.

Die Ausgaben von Deutschland-Rundbrief und EU-Rundschreiben sowie die Sonderteile und die aktiv.um-Hefte (DNR-Zukunftspiloten/Ökom-Verlag) wurden an alle Mitgliederverbände und an die Abonent/innen versandt - aus Bonn per Post und aus Berlin per eMail. Sie sind außerdem über die DNR-Internetseite zugänglich und werden so auch für Internet-Suchdienste wie Google erschlossen.

Tagesaktueller Info-Service per eMail

Der 2003 gestartete Info-Service für Mitglieder und Abonent/innen findet große Resonanz. Tagesaktuelle Nachrichten zu ausgewählten Umweltthemen können per eMail schnell übermittelt werden. Dazu kann auf der Internetseite www.dnr.de/publikationen/infoservice aus 55 Themenbereichen und 30 Regionen ausgewählt werden.

Geschlechtergerechtigkeit im Naturschutz

Geschlechtergerechtigkeit und neue Perspektiven in der Umwelt- und Naturschutzarbeit durch die Umsetzung von Gender Mainstreaming hat sich der DNR auf die Fahnen geschrieben. Neben der Durchführung einer Werkstatt "Gender und Naturschutz" auf dem 27. Deutschen Naturschutztag im Mai lief auch ein neues Projekt an: "Gender Greenstreaming - Geschlechtergerechtigkeit im Natur- und Umweltschutz". In Kooperation mit dem Institut für Umweltstrategien/Umweltplanung an der Universität Lüneburg werden die Verbände darin unterstützt, durch die Einbeziehung von Gender-Aspekten neue Perspektiven für die tägliche Arbeit zu gewinnen. Mehrere Round-Table-Gespräche in unterschiedlichen Regionen fanden bereits statt. Informationen zum Thema sowie Berichte aus den Verbänden werden in einem neuen Newsletter verbreitet.

"Nachhaltigkeit und zivilgesellschaftliche Partizipation"

Im Rahmen des gemeinsamen Projekts von DNR, BUND und NABU veranstalteten die Verbände im Juni einen Workshop zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Mit rund 80 Teilnehmer/innen war der Workshop sehr gut besucht und es ist gelungen, Verbändevertreter/innen aus Ländern und Kommunen für das Thema zu interessieren. Die Ergebnisse des Workshops werden in einer Broschüre dokumentiert.

Der Workshop war auch eine wichtige Grundlage für die gemeinsame Stellungnahme von DNR, BUND und NABU zum Fortschrittsbericht. Die Stellungnahme wurde themenabhängig mit dem VCD (Verkehrspolitik) sowie dem Forum Umwelt & Entwicklung, Venro und dem EED (Entwicklungspolitik) abgestimmt und dem Staatssekretärsausschuss der beteiligten Ministerien ("Green Cabinet") vorgelegt. Der DNR nahm auch an Konsultationsgesprächen zum Fortschrittsbericht im Bundeskanzleramt teil. Außerdem konnten Kontakte zum neu gegründeten Parlamentarischen Beirat für Nachhaltige Entwicklung aufgebaut werden.

Innerhalb des Projekts organisierte der DNR federführend zwei Workshops zum Thema Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Die Workshops setzten wichtige Impulse für Erarbeitung von Forderungen nach der Verankerung von Bildung für Nachhaltige Entwicklung in der Nachhaltigkeitsstrategie und im gesamten Bildungssystem. Die Ergebnisse dieser Workshops sind ebenfalls in Dokumentationen festgehalten.

Alle Stellungnahmen und Workshop-Dokumentationen sind auf der Internetseite www.nachhaltigkeits-check.de abrufbar. Alle Interessierten haben hier auch die Möglichkeit, sich konstruktiv am Diskussionsprozess zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu beteiligen.

Politische Spitzengespräche

Auch in diesem Jahr führten der DNR-Präsident und die Präsidiumsmitglieder eine große Anzahl gesellschaftspolitisch relevanter Spitzengespräche mit Politiker/innen, Abgeordneten und Vertreter/innen wichtiger Organisationen und vor allem auch mit seinen Mitgliedsverbänden. Hier eine Auswahl: Bayerischer Umweltminister

Walter Schnappauf, UBA-Präsident Andreas Troge, Bundesumweltminister Trittin, CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel, SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Müntefering, Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe, Bayerischer Ministerpräsident Edmund Stoiber, Bundesfinanzminister Hans Eichel, Bundesvorstand der Grünen, Bauernverbandspräsident Gerd Sonnleitner. Dazu kamen Gespräche und gemeinsame Sitzungen mit der Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz (Lana), der Umweltministerkonferenz (UMK) und Vertretern der beiden großen Kirchen.

Detaillierte Angaben zu den Veröffentlichungen, Presseverlautbarungen, Aktivitäten und Funktionsbereichen der einzelnen Präsidiumsmitglieder sind im Leistungsbericht 2004 aufgeführt. ■

Das DNR-Präsidium

• Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR),
Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

DNR-Präsidium 2001-2004:

Präsident:

Hubert Weinzierl

Vizepräsidenten:

Prof. Dr. Manfred Niekisch

Leif Miller

Schatzmeister:

Jürgen Resch

Beisitzer:

Michael Gehrmann (bis 2003 Jochen

Flasbarth)

Josef Göppel

Gerlinde Hoffmann

Klaus Hübner

Tessy Lödermann

Michael Müller

Jugendvertreterin:

Hedwig Gradmann

Halbzeit bei Rot-Grün unter der ökologischen Lupe

Gute Noten für Energie und Agrar, schlechte für Verkehr und Klima

Fortschritte bei den Erneuerbaren Energien und der Ökologisierung der Agrarsubventionen, aber Rückschläge beim Klimaschutz und völlige Fehlanzeige bei einer ökologischen Verkehrspolitik. So haben die Umweltverbände DNR, NABU, BUND, WWF und Greenpeace die Arbeit der Bundesregierung zur Halbzeit der laufenden Legislaturperiode bilanziert. Nach Auffassung der Verbände hat die Regierung die Chance, ökologische Kompetenz zu beweisen, nicht genügend genutzt. Daher müsse Rot-Grün für die zweite Hälfte der Amtszeit einen neuen Anlauf für die dringend notwendigen ökologischen Reformen wagen.

Die Umweltverbände kritisierten vor allem, dass bei Konflikten zwischen verschiedenen Ressorts sowie zwischen Bundesregierung und Bundestag einerseits und dem Bundesrat andererseits der Umweltschutz zumeist das Nachsehen habe. Als Beispiele nannten sie den weitgehend gescheiterten Abbau ökologisch schädlicher Subventionen, den Streit um den Emissionshandel und die Auseinandersetzungen um artgerechte Nutztierhaltung.

DNR-Präsident Weinzierl: "Roter Faden der Nachhaltigkeit" nicht sichtbar

DNR-Präsident Hubert Weinzierl stellte der Umweltpolitik der Bundesregierung ein gemischtes Zeugnis aus. Trotz einiger guter Ansätze bei der Förderung Erneuerbarer Energien und in der Agrarwende sei es nicht gelungen, den Gedanken der Nachhaltigkeit als Querschnittsthema in alle Politikbereiche zu bringen. Der "rote Faden der Nachhaltigkeit", von dem Bundeskanzler Gerhard Schröder gern spreche, sei "überhaupt nicht erkennbar".

Vor allem die Stromerzeugung und -nutzung auf der Basis fossiler Energien sei nicht nachhaltig, kritisierte der DNR-Präsident. Die bis 2020 anvisierte CO₂-Reduzierung um 40 Prozent sei so nicht erreichbar. Notwendig sind laut Weinzierl drastische Energieeinsparungen, eine Steigerung der Energieeffizienz z.B. durch Kraft-Wärme-Koppelung, ein energetisches Altbausanierungsprogramm sowie der entschlossene weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Auch aus Sicht des BUND ist es dem Kabinett bisher nicht gelungen, soziale und steuerpolitische Reformen mit ökologischen Fragen zu verknüpfen. Sollten im Wirtschafts- und im Verkehrsministerium ökologische Aspekte nicht stärker berücksichtigt werden, werde Deutschland seine Nachhaltigkeitsziele nie erreichen, so der Verband. Ökologische Finanzreformen seien besonders geeignet, neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Lohnnebenkosten zu senken und öffentliche Etats zu sanieren. Subventionen wie die Eigenheimzulage, die das Zersiedeln fördere, fehlende Steuern im Flugverkehr und die Dieselsteuerermäßigung schädigten hingegen Umwelt und Natur, so der BUND.

Nachhilfe für Bundesverkehrswegeplan

Der Naturschutzbund NABU kritisierte vor allem die Verkehrspolitik der Regierung. Der Bundesverkehrswegeplan sei eine Wunschliste zahlreicher Neubauprojekte, die oft am tatsächlichen Bedarf vorbei geplant seien. Es fehle ein nachhaltiges, alle Verkehrsbereiche umfassendes Gesamtkonzept, das ökologische und finanzielle Ressourcen gleichermaßen berücksichtige. Zusätzlich verzögere das Maut-Debakel die dringend notwendige Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene (siehe auch verkehrspolitische Bilanz in diesem Heft, Rubrik "Verkehr").

Besonders enttäuscht zeigte sich der NABU über die "schwerwiegenden Versäumnisse bei der Sicherung des Nationalen Naturerbes". Von dem Beschluss, 100.000 ha Naturfläche der früheren DDR an Verbände, Stiftungen und die Länder zu übertragen, seien lediglich 32.000 ha übrig geblieben. Ein entschlosseneres Vorgehen forderten die Umweltverbände auch in der Flusspolitik. Das nach der Flut 2002 auf den Weg gebrachte Hochwasserschutzgesetz müsse endlich ohne weitere Verwässerungen verabschiedet werden, forderte der NABU.

Lob für Erneuerbare Energien-Gesetz, Kritik an Gentechnik-Novelle

Die Förderung Erneuerbarer Energien in Deutschland hält Greenpeace für vorbildlich. Weltweit gebe es kein Gesetz, das Erneuerbare Energien so stark fördere und Zehntausende Arbeitsplätze schaffe. Für verfehlt hält die Umweltorganisation jedoch die Kohle- und Atompolitik sowie die Regulierung des Strommarktes. Rot-Grün habe einfach zugesehen, wie die Energie-

konzerne ihre Monopole bei den Stromnetzen missbrauchten. Überhöhte Netzegebühren trieben den Strompreis hoch, die Verbraucher würden abgezockt. Auch die Suche nach einem geeigneten Endlager für Atommüll hält Greenpeace für gescheitert, obwohl sie in der Koalitionsvereinbarung steht. Die Regierung folge "fast immer dem Willen der Atomkonzerne" und schaffe mit jedem Atomtransport nach Gorleben "weitere Fakten für ein unsicheres Endlager".

Auch das neue Gentechnikgesetz bedarf aus Sicht von Greenpeace der Nachbesserung. Die Organisation bemängelte vor allem, dass niemand zur Verantwortung gezogen werde, wenn Gen-Pflanzen die Umwelt schädigten. Die Kennzeichnungsregeln müssten auf gentechnisch verändertes Futter für Tiere ausgeweitet werden, die Milch, Eier und Fleisch lieferten.

Emissionshandel ohne Anspruch

Die klimapolitische Bilanz von Rot-Grün fällt nach Einschätzung des WWF durchwachsen aus. Die Umweltorganisation kritisierte besonders das "enttäuschende Ergebnis" beim Emissionshandel. Der nationale Zuteilungsplan für die Wirtschaft sei weder in seinen Zielen bei der Emissionsminderung noch in seiner Struktur zukunftsfähig. Während man mit den derzeitigen Regeln des Emissionshandels die großen Verschmutzer laufen lasse, werde "den kleinen Leuten beim Klimaschutz die Zeche aufgebürdet". Beim zweiten Nationalen Allokationsplan müsse dringend nachgebessert werden. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: bund@bund.net
www.bund.net

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

NABU-Bilanz 2003

Anhaltend hohe Mitgliederzahlen

Bundesweit haben im vergangenen Jahr über 390.000 Mitglieder die Arbeit des Naturschutzbundes unterstützt. Das gab der Verband bei der Vorstellung seines Jahresberichts 2003 im September bekannt. Die Mitgliedsbeiträge von 12,25 Millionen Euro machten den Hauptanteil der Gesamteinnahmen von gut 18 Millionen Euro aus. Umweltpolitische Schwerpunkte setzte der NABU bei Erneuerbaren Energien, Verkehrs- und Agrarpolitik.

Gentechnikfreie Naturschutzgebiete gefordert

Für die Politik gab es sowohl Zustimmung als auch Kritik. Der NABU warnte davor, in ökonomisch schwierigen Zeiten den Natur- und Umweltschutz "zum Luxusproblem zu degradieren". Die EU-Agrarpolitik habe sich in aber die richtige Richtung bewegt. Vor allem die Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion und die Bindung der Prämienzahlungen an Umweltauflagen seien positive Signale. Allerdings fehle noch ein Reduktionsprogramm für den Pestizideinsatz. Bei der Grünen Gentechnik besteht der Naturschutzbund darauf, dass sensible Naturgebiete auch in Zukunft gentechnikfrei bleiben, und fordert vor einer Nutzung von Genpflanzen eine intensive Forschung.

In der Energiepolitik verurteilten die Umweltschützer die Debatte über eine Wiederbelebung der Atomenergie. Die Äußerungen von CDU und CSU, nach einem Machtwechsel den Atomausstieg zu stoppen und möglicherweise neue AKW zu bauen, ließen "schlimmste energiepolitische Rückschritte befürchten". Auch die Endlagersuche müsse wieder voran gebracht werden. Die Bundesregierung müsse zudem beim Klimaschutz "ihre Hausaufgaben nachholen". Deutschland trete beim CO₂-Ausstoß auf der Stelle. Nach dem misslungenen Allokationsplan zum Emissionsschutz komme es jetzt auf ein wirksames Klimaschutzprogramm an, mahnte der NABU. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Sonderangebot für DNR-Mitgliedsverbände

CD-ROM "Korallenriffe - ein Lebensraum und seine Bewohner"

Der Habitat-Verlag bietet seine neue CD-ROM "Korallenriffe - ein Lebensraum und seine Bewohner" den Mitgliedern und Förderern der DNR-Verbände zum verbilligten Sonderpreis an (19,80 Euro statt 24,80 Euro).

Die CD-ROM stellt unterhaltsam und zugleich wissenschaftlich fundiert die Biologie eines der artenreichsten und faszinierendsten Ökosysteme unseres Planeten vor. Einzigartig dabei ist die Verbindung aus "Sachbuch" und einem mehr als 1000 Tier- und Pflanzenarten umfassenden Bestimmungsteil über mehrere tausend Verlinkungen.

Der Autor Gerd Haegele ist freier Mitarbeiter der Zoologischen Staatssammlung München und studierte Biologie mit den Schwerpunkten Zoologie, Naturschutz und Ökologie. Danach arbeitete er als Biologe und Tauchlehrer in Australien und später als Wissenschaftsredakteur in einer großen deutschen Online-Redaktion. Seine Fotos wurden bisher in zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen und in mehreren Büchern veröffentlicht.

Der Naturschutzbund (NABU) und der Verband Deutscher Sporttaucher (VDST) haben ihren Mitgliedern den Sonderpreis bereits im eigenen Online-Shop offeriert. Die CD-ROM kann auch direkt beim Verlag vergünstigt bestellt werden, jedoch nur bei Zusendung einer Mitgliedsausweiskopie. (db, mb) ■

• Weitere Informationen

Gerd Haegele: Korallenriffe - ein Lebensraum und seine Bewohner, CD-ROM, München 2004, Habitat-Verlag, Schwindstr. 27, 80798 München
Tel. 089 / 52389037
mobil: 0173 / 4009957
eMail: info@habitat-verlag.de
www.habitat-verlag.de

www.nabu-natur-shop.de ("Online Shop" - Suchwort "Korallen")

www.vdstshop.de ("CD Roms")

Lesenswert

Navigationshilfe für Umweltbewegte

Dieses fundierte Handbuch unterstützt Umweltgruppen und zeigt, wie sie erfolgreich politisch arbeiten können. Es liefert hilfreiche Methoden und praktische Anregungen, die im "Kurs ZukunftsPiloten" auf ihre Praxistauglichkeit geprüft worden sind. Dieses erfolgreiche Weiterbildungsprogramm für junge Umweltaktivist/innen hatte der Deutsche Naturschutzring (DNR) vor einigen Jahren ins Leben gerufen. Die Kursleiter/innen Rasmus Grobe und Imke Kreusel haben viele Inhalte, Methoden und Erfahrungen aus dem "Kurs ZukunftsPiloten" bereits in die DRB-Beilagen "impulse" und "aktiv.um" einfließen lassen. Die "Navigationshilfe" bietet nun erstmals eine Zusammenfassung - und ist damit das derzeit wohl beste Handbuch für umweltpolitisches Engagement. (ab, mb)

Rasmus Grobe, Imke Kreusel: Navigationshilfe für Umweltbewegte - Methoden für erfolgreiches Engagement, ökom Verlag, München 2004, 195 Seiten, 23,- Euro, ISBN 3-936581-41-X

Pfand-Streit geht in neue Runde

PET-Einweglobby stellt Ökobilanz vor, DUH und NABU für Mehrwegsysteme

Mit großem Aufwand hat der Kunststoffverband Petcore über eineinhalb Jahre eine Ökobilanz für PET-Einwegflaschen erstellen lassen. Die Ergebnisse wurden im September in Berlin vorgestellt.

"Erkennbares Ziel der Pro-PET-Pressekonferenz war die Diskreditierung des Dosenpfands und die Einstufung von PET-Einweg-Verpackungen als ökologisch vorteilhaft", kritisierte die Abfallexpertin der Deutschen Umwelthilfe (DUH), Eva Leonhardt. Dies sei misslungen. Die Glas-Mehrwegflasche bleibe auch nach der Studie "als ökologisch wertvoller Garant für regionale Vielfalt des Getränkeangebots unerreicht", so die DUH-Expertin. Glas-Mehrweg-Flaschen könnten bis zu 50-mal wieder befüllt und dann als Glas-Rohstoff wiederverwertet werden. Glas sei das einzige Verpackungsmaterial, das fast beliebig oft eingeschmolzen und zu Flaschen gleicher Qualität verarbeitet werden könne - anders als Kunststoff. Gleichzeitig stärke der "Ur-Werkstoff der Getränkeindustrie" die regionale und ökologisch vorteilhafte Vermarktung.

NABU: PET-Mehrwegflasche wurde nicht berücksichtigt

Angesichts der Petcore-Bilanz forderte der Naturschutzbund NABU, die ökologische Messlatte für umweltfreundliche Verpackungen höher zu legen. "Der von Petcore durchgeführte Vergleich von 1,5-Liter-Plastik-Wegwerfflaschen mit dem 0,7-Liter-Glas-Mehrwegsystem ist völlig unzeitgemäß", kritisierte der Umweltverband.

Jüngste Bilanzen des Umweltbundesamtes bewerten die bestehenden PET-Mehrwegsysteme noch besser als wieder befüllbare Glasflaschen. Die Petcore-Studie lasse dies allerdings völlig unberücksichtigt, kritisierte der NABU, der die Forderung nach einer Befreiung der PET-Einwegflaschen von der Pfandpflicht entschieden ablehnt.

DUH-Projekt Mehrwegschutz und Glasrecycling

Die DUH setzt sich mit einem Projekt "Mehrwegschutz und Glasrecycling" für die Weiterentwicklung von Glas-Mehrwegsystemen ein. "Sie sichern den Traditions-Werkstoff Glas, der aus unserer Alltagskultur nicht verschwinden darf", so die Um-

weltorganisation. Nicht zuletzt sei der seit Jahrzehnten existierende "doppelte Kreislauf" mit Glas-Mehrwegsystemen und Glas-Recycling Vorbild für eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Kreislaufwirtschaft.

DUH begrüßt Ausweitung des Pfandes auf Fruchtsäfte, Union tut sich schwer

Das "Ende jeder Glaubwürdigkeit in der Umweltpolitik" warf die DUH unterdessen den führenden Oppositionspolitikern Edmund Stoiber (CSU) und Angela Merkel (CDU) vor. Einmal mehr solle die Novellierung des Dosenpfandes verschoben werden. Zuvor hatte insbesondere der bayerische Ministerpräsident Stoiber wiederholt eine "schnelle Vereinfachung" des Dosenpfandes versprochen.

Nach Informationen der DUH will die Union ein weiteres Mal die Entscheidung über die Novelle der Verpackungsverordnung verschieben. Sie würde damit einen neuen Negativrekord in der 55-jährigen Geschichte des Bundesrates aufstellen: Noch nie wurde die Novellierung einer einfachen Verordnung so lange verschoben: seit 2001 bereits zum fünften Mal. Und dies obwohl bereits seit Mai 2004 eine breite Mehrheit der Länder dem vorliegenden Novellentext zustimmt.

Zukünftig sind alle alkoholfreien Erfrischungsgetränke - unabhängig vom CO₂-Gehalt - pfandpflichtig. Sollte die Union die Pfandvereinfachung ein weiteres Mal verhindern, kommt das von Merkel 1998 konzipierte Saftpfand zum April 2005. Der DUH rät, sich schnellstmöglich auf Mehrwegflaschen umzustellen.

Nach einem Vorschlag Bayerns, der vom Umweltausschuss des Bundesrates gebilligt wird, sollen künftig im Kern ökologisch vorteilhafte Verpackungen generell pfandfrei bleiben. Marktrelevant sind hier Mehrweg- und Kartonverpackungen. Auf Getränke in Einwegbehältern soll ein einheitliches Pfand von 25 Cent erhoben werden. Die DUH verspricht sich von der Bayern-Initiative eine "verbraucherfreundliche Regelung" des Pfandes. (db) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH) e.V., Abfall-Expertin Eva Leonhardt, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin
Tel. 030 / 258986-12, Fax -19
mobil: 0174 / 9478525

eMail: leonhardt@duh.de
www.duh.de

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Umweltverbände begrüßen neue Studie zur Chemiepoltik

Industrie soll Widerstand gegen REACH-System der EU aufgeben

Die Industrie soll ihren Widerstand gegen die neue EU-Chemikalienpolitik aufgeben. Das fordern die Umweltverbände DNR, BUND, WWF und Greenpeace anlässlich einer neuen Studie des Umweltbundesamts zu den Auswirkungen der geplanten REACH-Gesetzgebung (Registrierung, Evaluation und Autorisierung von Chemikalien) der Europäischen Union. REACH sei nicht nur gut für Umwelt und Gesundheit - auch Unternehmen könnten profitieren. Vor allem die Datenlage über die gesundheits- und umweltbezogenen Eigenschaften von Chemikalien würden durch die neue Chemikalienpolitik entscheidend verbessert, so die Verbände. Am Beispiel der Branchen "Lacke" und "Wasch- und Reinigungsmittel" werde deutlich, dass REACH fortschrittlichen Unternehmen zu Innovationsvorsprüngen, Planungssicherheit und langfristig zufriedenen Kunden ver helfe.

Die Studie mache deutlich, dass bei sehr vielen Unternehmen Unklarheit darüber herrsche, welche Anforderungen durch die neue Gesetzgebung auf sie zukämen. Hier sei die Informationspolitik der Industrieverbände bisher nicht förderlich gewesen, so dass Unternehmen die Belastung oft weit überschätzten. Dem könne mit verständlichen Umsetzungsvorschriften begegnet werden. Dass jene Unternehmen benachteiligt werden, die verantwortungsbewusst bestimmte gefährliche Stoffe nicht mehr einsetzen, werde REACH umkehren. Da in der Zukunft kein Weg mehr an der Anmeldung der Chemikalien vorbei führe, könnten Unternehmen so gleichzeitig vor Imageschäden und Haftungsrisiken geschützt werden, so die Umweltverbände. (db) ■

• Weitere Informationen

BUND, Chemikalienexpertin Patricia Cameron, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: patricia.cameron@bund.net
www.bund.net

Hohe Schadstoffbelastung in industrienahen Zonen

NRW-Studie: Luftverschmutzung führt zu Krankheiten

Eine vom nordrhein-westfälischen Umweltministerium in Auftrag gegebene Studie hat erstmals den Zusammenhang zwischen der Nähe zu Industrieanlagen und Schadstoffen im Körper nachgewiesen. Für die Studie wurden Mütter und Kinder, die in der Nähe von Industrieschwerpunkten in Duisburg und Dortmund wohnen, bei Einschulungsuntersuchungen auf typische Krankheitsbilder und Schadstoffbelastungen untersucht. Die Daten der medizinischen Befunde wurden dann mit den Wohnorten verglichen. Es ergab sich, dass bei den Testpersonen häufiger Allergien und Atemwegserkrankungen auftraten als bei weiter entfernt wohnenden Personen. Die Ergebnisse der Studie sind im Internet abrufbar. ●

Die Studie belege die Bedeutung des Umweltschutzes für den Schutz der Gesundheit, erklärte Landesumweltministerin Bärbel Höhn (Grüne). Sie kündigte weitere Maßnahmen an, um die Luftqualität in Nordrhein-Westfalen zu verbessern. (db) ■

• Weitere Informationen

www.munlv.nrw.de
www.lua.nrw.de

Hohe Schadstoffbelastung in Schulen

Chemikalien verursachen gesundheitliche Schäden

Von etwa 45.000 Schulen in Deutschland waren 2003 immer noch mehr als 10.000 nachweislich mit Schadstoffen, überwiegend mit PCBs (Polychlorierten Biphenylen), belastet. Dies teilte der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) mit. PCBs wurden früher als Weichmacher und Flammschutzmittel für Fugenmassen, Deckenplatten und Farben breit verwendet. Hinzu kommt laut BBU noch eine Vielzahl weiterer Schad- und Fremdstoffe in Neubauten von Schulen, Betrieben und öffentlichen Gebäuden, deren Wirkungen nicht absehbar seien.

Berichte von chronischen Krankheiten des Nerven- und Immunsystems sowie Krebs als Folge jahrelanger Belastung durch die PCB-Belastung an Schul- und anderen öffentlichen Arbeitsplätzen sind erst seit etwa zehn Jahren bekannt, da sich die chronisch-toxischen Wirkungen auf das Nerven- und Immunsystem sichtbar erst in jüngster Zeit ausprägen.

Der BBU vermutet, dass viele Fälle so genannter "verhaltensgestörter" oder "lernschwacher" Schüler auf neurotoxische Wirkungen von Schadstoffen aus der Schule zurückzuführen sind. Der Verband geht außerdem davon aus, dass Beschäftigte, die aufgrund ihrer Beschwerden ihrer Tätigkeit nicht mehr nachgehen können, wegen unklarer Allgemeinbeschwerden u. a. als psychosomatisch krank eingestuft und entlassen werden. Dies geschehe trotz zunehmender wissenschaftlicher Belege und Hinweise, dass ihre chronischen Beschwerden und Krankheiten auf die Einwirkungen von bestimmten Schadstoffen zurückzuführen sind. (db) ■

• Weitere Informationen

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V., Prinz-Albert-Str. 73, 53113 Bonn,
Tel. 0228 / 214032
www.bbu-online.de

Biozid-Produkte bergen Risiken

Bundesregierung: Abgabevorschriften reichen aus

Nach Überzeugung der Bundesregierung reichen die derzeit gültigen Abgabevorschriften für Biozid-Produkte aus. Dies geht aus dem Bericht über die Ergebnisse der Prüfungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Biozidgesetzes im Jahr 2002 hervor. Das Gesetz habe für den privaten Endverbraucher eine ähnliche Wirkung wie die Abgabevorschriften nach der Chemikalien-Verbotsverordnung. Danach sind Stoffe und Zubereitungen, die als sehr giftig, giftig, brandfördernd, hochentzündlich oder gesundheitsschädlich eingestuft werden, entsprechend zu kennzeichnen. Auch ist die Abgabe über den Versandhandel verboten.

Verbraucherschutz mit EU-Biozid-Richtlinie stärken

In einer Protokollerklärung forderte der EU-Ministerrat die Europäische Kommission auf, die Notwendigkeit eines Vorschlags mit Regelungen zur Kennzeichnung von biozid-behandelten Materialien und Erzeugnissen zu prüfen. Ziel sei es, den Verbraucherschutz mit den Vorschriften der EU-Biozid-Richtlinie zu stärken. Laut Regierungsbericht haben sich diese Strukturen bereits im Vollzug der Vorschriften zur Anmeldung neuer Stoffe nach dem Chemikaliengesetz bewährt. Das Verfahren könne aber erst dann aussagekräftig bewertet werden, wenn praktische Erfahrungen vorliegen.

In einem weiteren Bericht der Regierung hieß es, die EU-Biozid-Richtlinie sei vollständig in nationales Recht umgesetzt worden. Damit endeten im Jahr 2010 die in der Richtlinie vorgesehenen Übergangsregeln für alte Biozid-Produkte. (ab) ■

• Weitere Informationen

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.
(PAN Germany), Susanne Smolka,
Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Tel. 040 / 399191024
eMail:
susanne.smolka@pan-germany.org
www.pan-germany.org

Papierindustrie investiert auf Kosten der Umwelt

900 Arbeitsplätze in Ostdeutschland verdoppeln deutsche Kapazität

Eine Milliarde Euro sind in das neue Zellstoffwerk in Arneburg bei Stendal (Sachsen-Anhalt) geflossen. Größter Anteilseigner ist die US-kanadische Firma Mercer International. 250 Millionen Euro Fördergelder bekamen die Investoren von der EU, vom Bund und von Sachsen-Anhalt. Die Investitionen bringen den neuen Bundesländern rund 900 Arbeitsplätze.

Nach Angaben des Verbandes Deutscher Papierfabriken (VDP) ist die Papierindustrie mit einem Umsatz von 13 Milliarden Euro und einer Jahresproduktion von 18 Millionen Tonnen bereits heute die größte Europas. Mit dem Werk in Arneburg verdoppeln sich nun auch die deutschen Kapazitäten für Zellstoffproduktion.

Umweltschützer kritisieren hohen Papierkonsum

Aus Sicht der Umweltverbände ist diese Entwicklung beunruhigend. Durch den Einsatz neuer Techniken konnte in den letzten Jahren zwar die Umweltbelastung bei der Papier- und Zellstoffherstellung reduziert werden. Da aber zugleich der Bedarf gestiegen sei, werde der Fortschritt gleich wieder "aufgefressen", so der Umweltverband Robin Wood. Außerdem sei der Altpapiereinsatz bei der Herstellung mit nur 50 Prozent zu niedrig. Obwohl Papierfasern bis zu sechsmal recycelt werden könnten, geschehe dies hierzulande nur ein- bis zweimal.

Erstmals wieder Chlorbleiche

Auch an den deutschen Mercer-Werken übe der Verband Kritik, obwohl dort neueste Technologien zum Einsatz kommen und Mercer auf eine positive Umweltbilanz verweist. Robin Wood kritisiert jedoch, dass in den Mercer-Werken in Blankenstein und Arneburg erstmals wieder mit Chlor gebleicht wird, auch wenn bislang keine Grenzwerte überschritten worden seien. (ab) ■

• Weitere Informationen

Robin Wood e.V., Langemarckstr. 210,
28199 Bremen
Tel. 0421 / 5982-88, Fax -872
eMail: papier@robinwood.de
www.robinwood.de

Lesenswert

Müll und Verantwortung

Der tägliche Müll, der sorglos in die Tonne geworfen wird, kommt wieder zurück - eingelagert in Lebensmitteln. Versteckt in Fischen vom Markt, im knusprigen Brot und im Trinkwasser - überall finden sich giftige Rückstände. Das Buch zeigt anschaulich, praxisnah und auf hohem wissenschaftlichen Niveau die Zusammenhänge zwischen Müll und Nahrungsmitteln auf lokaler, nationaler und globaler Ebene. (ab)

Frithjof Hager (Hrsg.): Müll und Verantwortung, ökom Verlag, München 2004, 250 Seiten, 22,50 Euro, ISBN 3-936581-53-3 ■

"Gesteuerte Demokratie": Kongress-Dokumentation mit Chemikalien-Teil

Nach nur drei Monaten erscheint Anfang Oktober das Buch zum Kongress "Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten die Politik beeinflussen", der Ende Juni 2004 in Frankfurt am Main stattfand. Dort wurden erstmals die neuen Einflussnahmeversuche neoliberaler Interessengruppen öffentlich in ganzer Breite diskutiert. Das Buch versammelt auf 184 Seiten wesentliche Beiträge des Kongresses und bietet einen einzigartigen Blick hinter die Kulissen neoliberaler Einflussnahme. Die Autor/innen zeigen Akteure, Themenfelder und Strategien, analysieren Defizite in Politik und Medien, die die einseitige Einflussnahme begünstigen, und stellen neue Ansatzpunkte für mehr Demokratie und eine kritischere Öffentlichkeit vor. Mit Beiträgen von Attac, Mehr Demokratie e.V., BUND (EU-Chemikalienpolitik: "Wie die Industrie eine Umweltverordnung weicht") u.a. (db)

Müller/Giegold/Arhelger (Hrsg.): Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen, Frankfurt a. M. 2004, 184 Seiten, 12,80 Euro, ISBN 3 89965 100 6; Inhalt, weitere Informationen, Bestellmöglichkeit: www.gesteuerte-demokratie.de ■

Statt Giftspritze Fruchtfolge gegen Maisschädling

Pestizide belasten Grundwasser

Im vergangenen Jahr waren in der Nähe des Euroairports im Dreiländereck Basel - Freiburg - Mulhouse einige Exemplare des Maiswurzelbohrers, eines vermutlich per Flugzeug eingeführten Maisschädlings, aufgetaucht. Im Elsass wurden daraufhin über 1,5 Tonnen Insektizide per Hubschrauber verteilt. Auch auf deutscher Seite wurde nach Angaben des BUND ein Gebiet entlang des Rheins mit Insektiziden "vorsorglich behandelt". Auch dieses Jahr wurden Pestizide eingesetzt.

Der Maiswurzelbohrer kann nach Ansicht des BUND ohne Gifteinsatz mit Fruchtfolgen bekämpft werden, wie das auch in der Schweiz geschehe. Die Vermeidung des Anbaus von Mais nach Mais führt beim Schlupf der überwinterten Eier im Frühjahr dazu, dass die auf Mais angewiesenen Larven keine Nahrung finden und absterben. Der BUND hatte wiederholt auf die Folgen des Dünger- und Pestizideinsatzes beim Maisanbau hingewiesen. Durch die weitere chemische Bekämpfung des Schädlings könne sich dieses Problem noch verschärfen, so der Umweltverband.

Baden-Württemberg contra EU

In einer EU-Richtlinie wird der Maiswurzelbohrer als "Quarantäneschadorganismus" eingestuft. Danach muss im Befallsjahr eine einen Kilometer breite "Befallszone" rund um ein Feld, in dem der Schadorganismus festgestellt wurde, und eine fünf Kilometer breite "Sicherheitszone" um die Befallszone ausgewiesen werden. Die massiven Bekämpfungsmaßnahmen im Elsass und Südbaden sind auf diese EU-Richtlinie zurückzuführen, die eine Ausrottung des Maiswurzelbohrers erreichen will. Das baden-württembergische Landwirtschaftsministerium will über den Bundesrat eine Aufhebung der Einstufung des Maiswurzelbohrers als Quarantäneschadorganismus durch die EU erreichen. Außerdem müsse ein großflächiger Einsatz von Pflanzenschutzmitteln vermieden werden, hieß es. (mbu) ■

• **Weitere Informationen**

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: bund@bund.net
www.bund.net

Keine Einigung bei der Legehennenhaltung

Eierindustrie will Käfighaltung retten

Eine vom Bundesverbraucherministerium (BMVEL) eingerichtete Arbeitsgruppe zur Legehennenhaltung ist ohne Ergebnis auseinander gegangen. In der Sitzung sollte die so genannte Kleinvoliere beraten werden. Anlass für die Diskussion sollten die von der Forschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) weiterentwickelten "Eckpunkte zu tierschutzgerechten Anforderungen an eine Kleinvolierehaltung für Legehennen" sein. Mit diesen Vorschlägen sollte auf Drängen der Bundesländer ein Kompromiss zwischen Käfighaltung und bereits erprobten tiergerechten Volieren gefunden werden. So wollten die Länder der Eierindustrie entgegenkommen, die am Käfigsystem festhalten will und sich bislang weigert die gültige Legehennenverordnung umzusetzen.

Die Tier-, Umwelt- und Verbraucherverbände teilten mit, man erkenne die Bemühungen des BMVEL durchaus an, bei Kompromissversuch auch den Bedürfnissen der Tiere gerecht zu werden, stehe den Vorschlägen jedoch sehr skeptisch gegenüber. Der Deutsche Tierschutzbund und andere Verbände lehnen den Kompromissversuch kategorisch ab, weil damit die quälische Käfighaltung und das Tierleid verlängert werde.

Nach der gültigen Nutztierhaltungsverordnung ist die konventionelle Käfighaltung in Deutschland ab 2007 verboten. Auch die nach EU-Recht zulässigen ausgestalteten Käfige mit Sitzstange, Nest und Scharrmöglichkeit sind damit in Deutschland nicht zulässig. Mit dem Nein zum Kompromiss stützen die Verbände ausdrücklich den Kurs von Bundesministerin Renate Künast, die das Käfigverbot durchsetzen will. (db) ■

• **Weitere Informationen**

Deutscher Tierschutzbund e.V., Baum-
schulallee 15, 53115 Bonn
Tel. 0228 / 60496-24, Fax -41
eMail: presse@tierschutzbund.de

Förderpreis Ökologischer Landbau: Auswahlverfahren

Um den Förderpreis des Bundesverbraucherministeriums (BMVEL) haben sich 49 Ökobetriebe beworben. Die Jury hat im September das Auswahlverfahren eröffnet. Am Wettbewerb teilnehmen konnten ökologisch wirtschaftende Betriebe mit innovativen Leistungen, die auf andere Betriebe übertragbar sind. 15 Betriebe kamen in die engere Wahl, fünf wählte die Jury aus, die nun vor Ort geprüft werden. Davon werden dann bis zu drei Betriebe nach dem Konsensprinzip für den Preis nominiert.

Die vom BMVEL berufene unabhängige Jury besteht aus je einer Vertreter/in von Landwirtschafts-, Verbraucher- und Umweltverbänden sowie der Wissenschaft, darunter DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen sowie Thomas Isenberg vom Verbraucherzentralen-Bundesverband. Die Preise in Höhe von insgesamt 25.000 Euro werden im Januar auf der Grünen Woche in Berlin vergeben. (mbu) ■

• **Weitere Informationen**

Katalyse Institut für angewandte Umweltforschung, Postfach 42 04 43,
50898 Köln
Tel. 0221 / 944048-0, Fax -9
www.
FoerderpreisOekologischerLandbau.de

Bundesverbraucherministerium
(BMVEL), PF 140270, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmvel.bund.de
www.verbraucherministerium.de
www.oekolandbau.de

DNR, Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: helmut.roescheisen@dnr.de
www.dnr.de

Möbel aus Raubbau-Holz weiter breit im Angebot

Robin Wood: Selbstverpflichtung reicht nicht aus, nur Verbot hilft

Auch in der kommenden Saison werden auf dem deutschen Markt Gartenmöbel aus Tropenholz erhältlich sein. Ein großer Teil der auf der internationalen Gartenmöbelmesse Spoga im September in Köln präsentierten Holzmöbel stammte aus tropischen Hölzern, teilte der Umweltverband Robin Wood mit. Etliche Händler, die auch den deutschen Markt bedienten, vermarkteten auch Holz aus den letzten Urwäldern Indonesiens oder Teak aus Burma, durch dessen Verkauf sich das dortige Militärregime finanzierte.

Einige Baumärkte und Kaufhäuser hätten ihre Einkaufspolitik verbessert, dennoch handelten zahlreiche kleinere Firmen weiterhin mit Raubbaumöbeln. Weil Selbstverpflichtungen nicht ausreichen, fordert Robin Wood, dass der Handel mit Holzprodukten aus Raubbau verboten wird.

BMVEL: Kein Verbot, aber Verschärfung der Kontrollen

So weit will Bundesverbraucherministerin Renate Künast jedoch nicht gehen. Um den illegalen Holzeinschlag wirksam zu bekämpfen, plane sie aber gemeinsam mit Polizei, Bundeskriminalamt und Zoll verschärfte Kontrollen gegen organisierte Kriminalität, die den Holzhandel auch zur Geldwäsche nutze, teilte das Ministerium mit. Die Ministerin sei "skeptisch" gegenüber dem von der EU geplanten Nachweis für Holzimporte auf freiwilliger Basis. Künast sieht auch die Wirtschaft der Abnehmerländer in der Pflicht. Diese habe eine Mitverantwortung für den Erhalt der Wälder. Außerdem müssten die Verbraucher vor illegaler Ware geschützt werden.

Robin Wood empfiehlt, Möbel aus heimischen Hölzern zu kaufen. Tropenholzmöbel seien nur akzeptabel, wenn sie das FSC-Siegel tragen. Das weltweit einheitliche Zertifikat für "gute Waldwirtschaft" garantiert die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Robin Wood, Langemarckstr. 210,
28199 Bremen
Tel. 0421 / 5982-88, Fax -872
eMail: info@robinwood.de
www.robinwood.de

Datenbank Agrarkulturerbe wird aufgebaut

Das Institut für Unternehmens- und Sozialgeschichte (ifkus) in Bamberg hat eine "Initiative Agrarkulturerbe" gestartet. Zusammen mit der Gesellschaft für Agrargeschichte will das ifkus eine Datenbank zum Agrarkulturerbe erstellen, die unter der Adresse www.agrarkulturerbe.de im Sommer 2005 im Internet frei zugänglich sein soll.

Ziel der Initiative ist es, einen Beitrag zur Erhaltung der historischen und heute noch existierenden Zeugnisse bäuerlichen Wirtschaftens und ländlicher Kultur zu leisten. Zunächst will ifkus sich eine Übersicht verschaffen und eine Datenbank aufbauen, die die wichtigsten "Bewahrer" des Agrarkulturerbes im deutschsprachigen Raum erfasst. Dazu gehören Archive, Museen und Museumsdörfer, Forschungseinrichtungen, Landkreise, Gemeinden, Behörden, Heimat- und Geschichtsvereine und Privatpersonen.

Eine vorläufige Fassung mit den ersten Ergebnissen soll noch in diesem Jahr zugänglich sein. In einem zweiten Schritt soll die Pflege des Agrarkulturerbes gefördert werden. Diese Aufgabe soll in Forschung und Praxis ein Wissenschaftlicher Rat begleiten. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Initiative Agrarkulturerbe, Institut für Kultur-, Unternehmens- und Sozialgeschichte (ifkus), Dr. Andreas Dornheim
Schützenstr. 41, 96047 Bamberg
Tel. 0951-30290982, Fax -5099391
eMail: andreas.dornheim@ifkus.com
www.ifkus.com
www.agrarkulturerbe.de

Lesenswert

Leitfaden gegen Massentierhaltungsanlagen

Der Bau von Massenställen boomt - trotz aller Gefahren der industriellen Tierhaltung, trotz aller Bemühungen um eine neue Agrarpolitik. Betroffene Bürgerinnen und Bürger, Gemeinden und Verbände versuchen immer wieder, sich gegen die oftmals auch gewässerverschmutzenden Großanlagen zu wehren. Der BUND hilft ihnen jetzt mit einem Leitfaden. Er liefert Argumente und informiert über das Genehmigungsverfahren, zeigt wer sich wann wie einschalten kann und wie man sich am besten organisiert. (db)

Kostenloser Download:
www.bund.net/lab/reddot2/pdf/leitfaden_massenstall.pdf

Verantwortungsvolle Tierhaltung

In dem Buch "Geschöpfe wie wir" wird die Position der Katholischen Kirche zur menschlichen Verantwortung für das Nutztier umfassend vorgestellt, aber auch kritisch beleuchtet. Die Herausgeber zeigen Perspektiven für Landwirte, Landjugend und Landfrauen auf, um das Miteinander von Mensch, Tier und Natur zu verbessern und die Umwelt in ein nachhaltiges Gleichgewicht zu bringen. (ab)

Franz-Theo Gottwald: Geschöpfe wie wir - Zur Verantwortung für die Nutztiere, ökom Verlag 2004, 160 Seiten, 9,80 Euro, ISBN 3 936581 54 1

■

Klimawandel in Deutschland

Untersuchung belegt Auswirkungen auf Flora und Fauna

Eine Untersuchung der Universität Göttingen für das Bundesamt für Naturschutz (BfN) hat ergeben, dass Pflanzen früher blühen und fruchten, Zugvögel im Winter nicht mehr fortziehen und die Meeresbewohner ihr Wanderungsverhalten verändern. In Deutschland könnten in den kommenden Jahrzehnten zwischen 5 und 30 Prozent der Arten aussterben, sagte der Präsident des Bundesamtes, Hartmut Vogtman. Die Wissenschaftler rechnen auch damit, dass andere Arten einwandern.

Das veränderte Verhalten der Vögel wirkt sich laut BfN bereits deutlich auf den Kuckuck aus: Weil die Winter nicht mehr so kalt sind, kehren andere Vögel früher vom Winterflug nach Hause zurück und beginnen früher mit der Nachzucht als der Kuckuck. Wenn dieser sein Ei in ein fremdes Nest legen will, kommt er zu spät, die Nester sind belegt. Deshalb weicht der Kuckuck auf höhere und kühlere Lagen aus, wo die Vögel später brüten. Auch andere Vögel veränderten ihr Verhalten, so das BfN. Die Auswirkungen seien bisher kaum vorhersagbar.

DNR-Appell an John Kerry: Klimaschutz soll US-Wahlkampfthema werden

In einem Schreiben an den demokratischen US-Präsidentenwahlkandidaten John Kerry hat DNR-Präsident Hubert Weinzierl die überragende Bedeutung des Klimaschutzes betont. Er forderte Kerry auf, dies neben dem Irak-Krieg zum Hauptthema im restlichen Wahlkampf zu machen. Weinzierl verwies auf die alarmierende Zunahme von Wirbelstürmen in Florida und erinnerte an das Elbe-Hochwasser 2002, das den Ausgang der Bundestagswahlen erheblich beeinflusst hatte. (db, mb) ■

• Weitere Informationen

BfN, Konstantinstr. 110, 53179 Bonn
Tel. 0228 / 8491-0, Fax -200
eMail: pbox-bfn@bfn.de
www.bfn.de

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

Offshore-Windkraft: Geglättete Wogen

Windenergie in Nord- und Ostsee kann naturgerecht ausgebaut werden

Die Wogen schlugen hoch, als das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrografie (BSH) Ende 2002 den ersten größeren Offshore-Windpark Butendiek westlich von Sylt ausgerechnet im Zentrum eines anstehenden EU-Vogelschutz- und FFH-Gebietes in der Nordsee genehmigte (DRB 01/02.03, S. 16). Zwar hatte die Bundesregierung eine Offshore-Strategie entwickelt, nach der potenzielle Schutzgebiete von Windparks frei gehalten werden sollten, doch nahm sie diese in der Praxis nicht ganz so ernst. Und das BSH als Genehmigungsbehörde verwies oft und bisweilen genüsslich auf die geltende Rechtslage, mit der die Strategie gar nicht vereinbar war.

Dass NABU und BUND tatsächlich Klage und EU-Beschwerde gegen Butendiek einreichen würden, hatte letztlich kaum jemand geglaubt, ging es doch schließlich um den Klimaschutz. Wohl wahr, doch nach Fehlentwicklungen und damit einhergehendem Akzeptanzschwund bei der Windkraftnutzung an Land hatten die Naturschutzverbände kein Interesse an weiteren konfliktträchtigen Planungen. So ging es weniger um Butendiek als um die Frage: Soll man einen Windpark ausgerechnet in einem hoch sensiblen Schutzgebiet zulassen, wenn es auch außerhalb von Schutzgebieten ausreichend Flächen für die Entwicklung der Offshore-Windenergie gibt? Die Antwort der meisten Umweltverbände lautete "nein" - daher der Streit.

Tabuflächen und Eignungsgebiete in Nord- und Ostsee

Doch anders als so manche Unke rief, führte die Auseinandersetzung nicht zum Riss durch die Umweltszene. Mittlerweile ist auch die Bundesregierung zu der Überzeugung gelangt, dass der Streit unnötig und schädlich ist - auch für den Klimaschutz. Inzwischen ist eine sehr umfangreiche so genannte Schutzgebietskulisse für Nordsee und Ostsee nach Brüssel gemeldet worden, die künftig auch als Tabufläche für Windparks gelten soll. Denn nach der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sollen nur noch Windparks außerhalb der Schutzgebiete zulässig sein.

Und noch mehr: Das BSH bereitet schon die Ausweisung von Eignungsgebieten für die Windkraftnutzung in Nord- und Ostsee vor, künftig sollen nur noch dort Windparks genehmigt werden. Echte Raumordnung im Meer also. Damit könnte der Ausbau der Offshore-Windenergie in Zukunft bestens gesteuert sein und die Meeresnatur weitgehend geschützt bleiben. Am Fall Butendiek ändert das freilich nichts mehr. Ob der Windpark gebaut wird oder nicht, wird letztlich die EU-Kommission entscheiden.

Pilotphase muss von sorgfältigem Monitoring begleitet werden

Die kritischen Naturschutzverbände wie der NABU haben diese Entwicklung maßgeblich beeinflusst und einen entscheidenden Erfolg errungen. Wenn nun auch noch der Begriff "Pilotphase" ernst genommen und zunächst nur eine begrenzte Zahl von Windparks errichtet und mit sorgfältigem Monitoring begleitet wird, dann ist endgültig die Zeit des konstruktiven Miteinanders angebrochen. Denn erfolgreicher Naturschutz braucht auch effektiven Klimaschutz, zu dem die Offshore-Windenergie eine Menge beitragen kann. ■

Gastautor: Frank Musiol, NABU

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Energieexperte Frank Musiol, Herbert-Rabius-Straße 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: frank.musiol@nabu.de
www.nabu.de

Energiewirtschaftsgesetz- Novelle nicht ausreichend

Klimaschutz und Effizienzsteigerung tauchen im Gesetz nicht auf

Den seit Mitte September vorliegenden neuer Entwurf des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) hat Greenpeace als nicht ausreichend bewertet. Das Gesetz begegnet nicht den Gefahren des Klimawandels.

Wesentliche Punkte des Entwurfs sind eine Förderung von Kraftwerken mit hohem Wirkungsgrad, eine verbraucherfreundliche Kennzeichnungspflicht für Strom und eine wirksame Regulierung der Stromnetze. Klimaschutz und Effizienzsteigerung tauchten in den Zielen des Gesetzes jedoch nicht auf, kritisierte Jörg Feddern, Energieexperte von Greenpeace. Das Gesetz müsse die Richtung vorgeben: weg von klimaschädlicher Kohle, hin zu umweltfreundlicher Energieerzeugung. Würde das Gesetz neben den Erneuerbaren Energien etwa auch Gaskraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung den Vorrang vor herkömmlichen Kohlekraftwerken mit ihren deutlich schlechteren Wirkungsgraden einräumen, könnten damit klimaschädliche Braunkohlekraftwerke verhindert werden.

Detaillierte Kennzeichnung und starke Regulierungsbehörde gefordert

Die Kennzeichnungspflicht für Strom geht Greenpeace nicht weit genug. Es sei notwendig, dass alle Anbieter ihren Strommix nach einheitlichen Vorgaben bis ins Detail aufschlüsseln müssen.

Sechs Jahre lang habe die Bundesregierung versäumt, die Netzgebühren für die Durchleitung von Strom unter staatliche Kontrolle zu stellen, kritisierte Greenpeace. Dies habe drastische Auswirkungen auf die Verbraucher und die Wettbewerbschancen von unabhängigen Energiefirmen gehabt, die auch Ökostrom anbieten. Um das zu ändern, müsse eine starke unabhängige Regulierungsbehörde geschaffen werden. (vl) ■

• Weitere Informationen

Greenpeace, Energieexperte Jörg Feddern, Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg
Tel. 040-30618-335, Fax -100
eMail: mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de

Nuklearsicherheit: Regierung sieht Handlungsbedarf

"Gefahr geringerer Kompetenz in einem auslaufenden Technikbereich"

Obwohl die Bundesrepublik das internationale Übereinkommen über nukleare Sicherheit erfüllt, bestehe für die Zukunft Handlungsbedarf, um das geforderte Sicherheitsniveau der deutschen Kernkraftwerke während der Restlaufzeiten aufrecht zu erhalten. Das hat die Bundesregierung in ihrem Bericht für die dritte Überprüfungstagung zum Übereinkommen über nukleare Sicherheit im April 2005 festgestellt.

Es gelte vor allem, den seit längerem bekannten Herausforderungen wie Alterung der Kernkraftwerke, Liberalisierung der Strommärkte und die Gefahr einer geringeren sicherheitstechnischen Kompetenz in einem "auslaufenden Technikbereich" zu begegnen.

Beherrschung von Störfällen muss kurzfristig nachgewiesen werden

Die Voraussetzungen für einen sicheren Betrieb der deutschen Kernkraftwerke bis zum Auslaufen der Kernenergienutzung sind nach Meinung der Regierung gegeben. Als künftige Aktivitäten der Atomaufsicht des Bundes nennt die Regierung unter anderem die Einführung eines prozessorientierten Sicherheitsmanagementsystems. Die Betreiber sollen verpflichtet werden, die Aufsichtsbehörde sofort in Kenntnis zu setzen, falls die Beherrschung eines Störfalles in Frage gestellt wird. Sie sollen ferner verpflichtet werden, den Anlagenbetrieb vorübergehend einzustellen, wenn nicht kurzfristig nachgewiesen werden kann, dass ein Störfall beherrscht wird. Schließlich sollen die Betreiber einen Arbeitsplan zur Untersuchungen und Nachrüstungen vorlegen müssen. (vl) ■

• Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU),
Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

www.bundestag.de
Bericht für die dritte Überprüfungstagung zum Übereinkommen über nukleare Sicherheit: 15/3650

Anzeigenkampagne gegen Atomkraft-Renaissance

Aufruf zum Handeln gegen neue Pro-Atom-Welle

Die Vereinigung Eurosolar hat mit Unterstützung der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW im September eine Anzeigenkampagne "Erneuerbare Energien statt Atomkraft" gestartet. Anlass dafür ist laut Eurosolar die neue Pro-Atom-Welle, die die Natur- und Umweltveränderungen, die durch die Nutzung von Atomenergie verursacht werden, zu ignorieren scheint.

Die Kampagne will auf den dringend notwendigen Einsatz Erneuerbarer Energien hinweisen, die - im Gegensatz zu atomaren und fossilen Energien - durch technische Optimierung immer preiswerter würden. Außerdem werden Bundestag und Bundesregierung aufgefordert, den Atomausstieg zu festigen, indem "die immer noch vorhandenen Privilegien der Atomenergie endlich aufgekündigt werden".

► Die Anzeigenkampagne ruft engagierte Leser auf, die Schaltung der Anzeigen in weiteren Printmedien mitzutragen, und bittet die Anzeigenserie durch eine öffentliche Unterschrift und einen Finanzierungsbeitrag zu unterstützen. (db) ■

• Weitere Informationen

Eurosolar, Bonn
Tel. 0228 / 36-2373, Fax -1213
inter_office@eurosolar.org
www.facts-on-nuclear-energy.info

CDU-Kritik an Hermes-Bürgschaften in Indonesien

Bundestagsabgeordneter Cajus Caesar schlägt Tropenwald-Lizenzen vor

Der Bundestagsabgeordnete Cajus J. Caesar (CDU) hat vorgeschlagen, Lizenzen für den indonesischen Tropenwald zu erwerben und ihn so vor Abholzung zu schützen. Der Fraktionsberichterstatter für Naturschutz hatte sich Anfang September gemeinsam mit dem WWF Deutschland ein Bild von dem dortigen Raubbau gemacht.

Die Lizenzgebühr für einen Hektar Wald in Indonesien beträgt laut Caesar rund 2.000 Euro. Ein europäischer Fonds, der diese Gebühren trägt, habe neben dem Naturschutzaspekt den Vorteil, dass nicht der Eindruck entstehen könne, Deutschland würde sich dort einkaufen.

Kritik äußerte Caesar an den Hermes-Bürgschaften der Bundesregierung. Exportversicherungen in Höhe von 870 Millionen Euro seien in deutsche Maschinen geflossen, die einer der weltweit größten Papier- und Zellstoffkonzerne, Asia Pulp & Partner (APP), verwendete. APP ist in Indonesien maßgeblich an der Abholzung beteiligt und musste nun Zahlungsunfähigkeit verkünden. Einer der Gläubiger von APP ist Deutschland.

Der WWF unterstützt die Vorschläge Caesars. Während es sehr hohe Kriterien bei der Vergabe von Entwicklungshilfe gebe, fehlten solche Richtlinien für Hermes-Bürgschaften nach wie vor, sagte Tropenwaldreferent Markus Radday.

Der indonesische Regenwald gilt als der artenreichste der Welt, doch auch kein anderer Wald wird so massiv abgeholzt. Das liegt nach Ansicht des WWF an der völlig überdimensionierten Holzindustrie Indonesiens. (vl) ■

• Weitere Informationen

WWF Deutschland, Tropenwaldreferent
Markus Radday, Rebstöcker Str. 55,
60326 Frankfurt a. M.
Tel. 069 / 791440, Fax / 617221
www.wwf.de

Cajus J. Caesar, MdB, 11011 Berlin
Tel. 030 / 227-73351, Fax -76512
eMail: cajus.caesar@bundestag.de
www.cajus-caesar.de

Lesenswert

Windenergieparks und Umweltrecht

Die Ausgabe 2/2004 der Zeitschrift für Umweltrecht (ZUR) setzt ihren Schwerpunkt auf das Thema Windenergieparks. Rainer Wolf berichtet über Rechtsprobleme der Anbindung von Offshore-Windenergieparks in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) an das Netz. Er folgert, dass eine integrierte Zulassung von Anlagen und Kabeln mit Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, und skizziert die materiell-rechtlichen Zulassungsvoraussetzungen. Helmuth von Nicolai beschreibt die Konsequenzen aus den neuen Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts zur raumordnerischen Steuerung von Windenergieanlagen. Christian Kahle befasst sich mit der nationalen Umweltgesetzgebung in der deutschen AWZ. Am Beispiel der Offshore-Windparks verdeutlicht er, dass sich nicht nur die Frage der Kompetenzverteilung, sondern auch der Rechtsgrundlagen zum Schutz der marinen Umwelt stellt. Der Beitrag zeigt, dass sowohl Vorgaben des nationalen als auch des Völkerrechts berücksichtigt werden müssen. (vl)

Zeitschrift für Umweltrecht 2/2004, 24,- Euro; Hrsg./Bezug: Nomos Verlagsgesellschaft, Waldseestr. 3-5, 76530 Baden-Baden, Tel. 07221 / 2104-0, Fax -27, www.nomos.de

Die Geschichte des Forschungsreaktors München II

"Das atomare Kuckucksei" erzählt die Geschichte des Forschungsreaktors München II. Der Nachfolger vom in die Jahre gekommenen Garching "Atom-EI" ist der einzige Neubau eines Atomreaktors in Deutschland seit Tschernobyl. Seine Entwickler nutzen ein Abrüstungsprogramm, um Abrüstungsziele konsequent zu unterlaufen, berichtet das Buch. Der als "Eckstein bayerischer Spitzenforschung" gerühmte Reaktor wurde von einer Handvoll Physiker der Technischen Universität München zusammen mit einer bekannten Münchner Atomfirma gebaut, von der Bayerischen Staatsregierung genehmigt und zum größten Teil aus dem bayerischen Hochschuletat bezahlt. Gute Gegenargumente kritischer Wissenschaftler, Anwohner, Politiker und Friedensforscher wurden ignoriert, so der Autor. (vl)

Armin Simon: Das atomare Kuckucksei - Wie Wissenschaft, Politik und Industrie ein umstrittenes Milliardenprojekt durchdrücken, Buchbäcker Verlag, München 2004, 250 S., 14,90 Euro, ISBN 3 9808950 3 3 ■

Ratgeber darf auf mögliches Gentech-Futter hinweisen

Gericht: Unkalkulierbare Gefahren dürfen öffentlich gemacht werden

Das Landgericht Köln hat Anfang September die Klage des Fleischherstellers Hermes gegen Greenpeace abgewiesen. Hermes hatte Schadensersatz gefordert, weil der Greenpeace-Ratgeber "Essen ohne Gentechnik" vor Produkten des Unternehmens warnt. Neben 450 anderen Lebensmittelherstellern und -händlern ist Hermes von Greenpeace nach der Verwendung von genmanipulierten Pflanzen für die Produktion von Milch, Fleisch und Eiern befragt worden. Nach dem Kölner Urteil ist die Bewertung der Firmen im Ratgeber durch die im Grundgesetz verbürgte Meinungsäußerungsfreiheit zulässig.

Das Gericht bestätigte, dass es Ziel des Gentechnik-Ratgebers sei, "dem Kunden bei seinem Einkauf zu ermöglichen, möglichst Produkte zu erkennen, deren Hersteller unter Verzicht auf Gentechnik hergestellte Erzeugnisse anbieten". Die Problematik von genmanipulierten Inhaltsstoffen in der Nahrung sei aufgrund der unkalkulierbaren Gefahren, die die Gentechnik für die Umwelt und die menschliche Gesundheit bilde, von erheblichem öffentlichem Interesse, hieß es in der Urteilsbegründung weiter.

Verbraucherinformation hat Vorrang vor Firmeninteresse

Greenpeace hatte Hermes seit Juli 2003 mehrfach aufgefordert, sich an der Umfrage zum Einsatz von Gentechnik in Lebensmitteln und Futtermitteln zu beteiligen. Hermes gab keine Erklärung ab und wurde schließlich in der so genannten "roten Kategorie" aufgelistet. Diese warnt Verbraucher mit "Achtung! Hier unterstützen Sie möglicherweise den Anbau von Gen-Pflanzen" und vereint Firmen, die Gentechnik einsetzen, und Firmen, die auch auf wiederholte Nachfragen nicht geantwortet haben. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Greenpeace, Große Elbstraße 39,
22767 Hamburg
Tel. 040 / 30618-0, Fax -100
eMail: mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de

Artenvielfalt soll vor Gentechnik geschützt werden

NABU: Gentech-Anbau hat unbekannte Folgen für die Pflanzenwelt

Der Naturschutzbund Hessen hat strenge Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt gefordert. Anlass war eine Anhörung des Hessischen Landtages zum Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen am 2. September. Unverzichtbar sei ein Verbot des Anbaus in Europäischen Schutzgebieten (Natura 2000), nationalen Naturschutzgebieten sowie in Biosphärenreservaten (Rhön), so der NABU.

Gentechnik in Naturschutzgebieten: Länderbehörden entscheiden

Die Naturschützer appellierten an das Land Hessen, seine Vorsorgepflicht zum Schutz der Umwelt wahrzunehmen. Letztendlich entschieden die Naturschutzbehörden der Länder über den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen in Naturschutzgebieten. Sie müssten beurteilen, ob die Schutzziele durch Gentech-Anbau beeinträchtigt werden können. Die Behörden müssten Kompetenzen und Ressourcen erhalten, damit sie ihre Aufgabe erfüllen können.

Auskreuzungen von Gen-Raps noch in 26 km Entfernung möglich

Für unverantwortlich hält der NABU, dass bereits in sechs Bundesländern gentechnisch veränderter Mais ohne gesetzliche Grundlage für eine Langzeitbeobachtung angebaut wird. Zudem gebe es entgegen den EU-Vorschriften noch kein öffentliches Kataster und somit keine Transparenz. Auskreuzungen mit verwandten Pflanzen der Umgebung träten bei fortpflanzungsfähigen gentechnisch veränderten Pflanzen immer auf. Nach einer Studie des Ökologie-Zentrums der Universität Kiel können Auskreuzungen von Raps windabhängig noch in Entfernungen von bis zu 26 km nachgewiesen werden. Für Schutzgebiete fordert der NABU ein Gentechnik-Verbot bereits auf EU-Ebene, um die wirtschaftliche Existenz von Ökobauern und die Wahlfreiheit für Verbraucher/innen zu sichern. (mbu) ■

• Weitere Informationen

NABU Hessen, Friedenstr. 26, 35578
Wetzlar
Tel. 06441 / 67904-0, Fax -29
eMail: info@nabu-hessen.de
www.hessen.nabu.de

Gentechnikgesetz liegt weiter auf Eis

Vermittlungsausschuss musste Beratung vertagen

Das neue Gentechnikgesetz ist nicht wie geplant Ende September vom Parlament verabschiedet worden. Durch das Abstimmungsverhalten der SPD-geführten Länder Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz im Bundesrat wurde die Entscheidung zum zweiten Mal verzögert. Die unionsgeführten Bundesländer hatten das Gesetz wie erwartet ebenfalls abgelehnt.

Die Gesetzesnovelle in Deutschland ist überfällig. Bereits vor zwei Jahren hätten die EU-Richtlinien im Gesetz eingearbeitet sein müssen. Nach der Ablehnung des ersten Entwurfes durch die Länderkammer vor einigen Monaten hatte die rot-grüne Bundesregierung das Gesetz in einen im Bundesrat zustimmungspflichtigen und einen nicht zustimmungspflichtigen Teil gesplittet. Zu den Positionen, die allein vom Bundestag verabschiedet werden können, gehören das teilweise öffentlich zugängliche Register und die verschuldensunabhängige Haftung. Beide Vorschriften sind umstritten.

Verzögerung schafft Rechtsunsicherheit

Der NABU kritisierte die Verzögerungstaktik des Bundesrates. Verlierer seien Landwirte, Verbraucher und Natur.

Die Beratungen des Vermittlungsausschusses beginnen Ende Oktober. Bis das Gesetz endgültig in Kraft tritt, können noch mehrere Monate vergehen. In dieser Zeit besteht weiter eine rechtliche Grauzone: Es können Gen-Pflanzen ohne öffentliche Kontrolle ausgebracht werden. Auch geheime Freisetzungsversuche wie in Sachsen-Anhalt sind weiter möglich. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Herbert-
Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Pollen von Gen-Gräsern fliegen 20 Kilometer weit

US-Studie stützt Gentechnik-Kritik

Forscher der US-Umweltbehörde EPA haben festgestellt, dass sich die Samen von genmanipuliertem Flechtstraußgras viel weiter verbreiten können als bislang angenommen. Bis zu 20 Kilometer vom Ursprungsfeld entfernt fanden die Wissenschaftler Auskreuzungen des Gen-Grases. So weit hatten sich bis dahin gentechnisch veränderte Gräser nicht verbreitet.

Nach den Ergebnissen der Studie befürchten Kritiker eine nicht kontrollierbare Streuung des Grases. Das genmanipulierte Flechtstraußgras wurde von den US-Gentechfirmen Monsanto und Scotts für Golfplätze entwickelt. Es ist unempfindlich gegen das Totalherbizid Roundup. Sollte es diese Eigenschaft in Wildpflanzen einkreuzen, könnten diese sich dramatisch ausbreiten, denn Roundup ist das meist verwendete Herbizid in den USA. Der US Forest Service hat Sorge, dass das Gras alle Wälder und Grünlandgebiete beeinträchtigen könnte.

Von großen Feldern fliegen Samen weiter

Nach den Worten des Gentechnik-Experten Norman Ellstrand von der University of California ergab die Studie, dass die Gene sich schneller und weiter ausbreiten als bisher angenommen. Für den Versuch pflanzten die Forscher im Bundesstaat Oregon tausende von Pflanzen auf 400 Hektar Land. Offenbar führte die Größe des Feldes dazu, dass der extrem leichte Samen des Flechtstraußgrases sich in solche Entfernungen verbreiten konnte. Von kleineren Feldern hatten sich die Pollen nur einige hundert Meter verbreitet.

Die Ergebnisse der Studie könnten die Zukunftspläne der Gentechnik-Konzerne durchkreuzen. So beabsichtigt nach Medien-Berichten die Firma Scotts, in das Geschäft mit Gen-Gräsern für Privatgärten einzusteigen. Laut Scotts geht von Golfplätzen keine Gefahr der Verunreinigung aus, weil das Gras so früh gemäht werde, dass es nicht zum Pollenflug komme. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Studie: Proceedings of the National Academy of Sciences, aktuelle Ausgabe www.pnas.org

Ethikrat einstimmig gegen Klonen

Weder zur Fortpflanzung noch zur Forschung ist Klonen zugelassen

Nach über einem Jahr intensiver Beratungen hat der Nationale Ethikrat Mitte September seine Stellungnahme "Klonen zu Fortpflanzungszwecken und Klonen zu biomedizinischen Forschungszwecken" vorgelegt. Danach hat sich der Rat auf drei elementare Beschlüsse geeinigt: Er empfiehlt

- ein weltweites Verbot der Klonung zu Fortpflanzungszwecken,
- ein Verbot des Klonens von Menschen zu Forschungszwecken in Deutschland,
- die Präzisierung der deutschen Rechtslage, das heißt ein strafrechtliches Verbot.

Der wissenschaftliche Sachstand und die geltende Rechtslage seien die Grundlage für die ethische und verfassungsrechtliche Bewertung des Fortpflanzungs- und Forschungsklonens gewesen, teilte der Ethikrat mit. Ebenso wie bei der früheren Stellungnahme sei auf eine Abstimmung verzichtet worden, stattdessen habe jedes Mitglied die Position unterschrieben, die es vertrat.

Der Nationale Ethikrat wurde Mitte 2001 nach einem Beschluss der Bundesregierung gegründet, um darüber zu wachen, dass bei der Einführung von technischen Neuerungen und der Bewertung ihrer Folgen Aspekte aus Naturwissenschaften, Medizin, Theologie und Philosophie, Sozial- und Rechtswissenschaften berücksichtigt werden. Die Vertreter/innen werden alle vier Jahre vom Bundeskanzler berufen und tagen in der Regel monatlich. Der Rat hat beratende und vermittelnde Funktion und soll die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft mit den Überlegungen der genannten Fachbereiche vertraut machen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Gen-ethisches Netzwerk, Brunnenstr. 4, 10119 Berlin
Tel. 030 / 6857073
eMail:
gen@gen-ethisches-netzwerk.de
www.gen-ethisches-netzwerk.de

Lesenswert, sehenswert

Medien, Macht, Manipulation

Der Gen-ethische Informationsdienst (GiD) hat in Ausgabe 165 das Thema Medien als Schwerpunkt. Ein Drittel des Heftes widmet sich Themen wie der systematischen Unterdrückung kritischer Forschungsergebnisse über Gen-Mais, der Mediendebatte über die Humangenomforschung und der "Politik der Stammzellen". Ein Beitrag befasst sich mit der Akzeptanzwerbung für Gentechnik aus psychologischer Sicht. Der Autor analysiert die PR-Methoden zur Akzeptanzbeschaffung, die in den USA - und zunehmend auch in Europa - angewandt werden. (mbu)

Gen-ethischer Informationsdienst (GiD)
165, Aug./Sept. 2004, ISSN 0935-2481;
Hrsg./Bezug: Gen-ethisches Netzwerk e.V., Brunnenstr. 4, 10119 Berlin, eMail:
gen@gen-ethisches-netzwerk.de,
www.gen-ethisches-netzwerk.de/gid/INDEX.HTM

Trojanische Saaten: Genmanipulierte Nahrung, genmanipulierter Mensch

Einen Blick hinter die Kulissen von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft gewährt dieses Buch des US-Autors Jeffrey M. Smith. Es erklärt, warum Nahrungsmittel aus dem Genlabor eine Gesundheitsgefahr darstellen, und belegt, wie Manipulationen der Industrie und Komplizenschaft der Politik dem Gen-Food den Weg zum Verbraucher bahnen. (mbu)

Jeffrey M. Smith: Trojanische Saaten. Gen-Manipulierte Nahrung - GenManipulierter Mensch, Riemann 2004, 380 S., 19 Euro

Video/DVD: Leben außer Kontrolle - Von Genfood und Designerbabies

Mitte der 80er Jahre fanden Wissenschaftler mit der Gentechnologie den Schlüssel, sich die Erde und ihre Geschöpfe endgültig untertan zu machen. Plötzlich schien alles machbar. 20 Jahre später führt dieser Film auf eine Weltreise, um die fortschreitende Genmanipulation bei Pflanzen, Tieren und Menschen zu erkunden.

Bertram Verhaag, Gabriele Kröber: Leben außer Kontrolle - Von Genfood und Designerbabies; Denkmal-Film, 2004; 95 min, Video/DVD, 33,- Euro; Bezug: www.baerfuss.de

Wird Umwelt-Information zum Luxusgut?

Umweltthemen in Lokalmedien: Zwischen Leserwünschen und Realität

Die öffentliche Auseinandersetzung mit Umweltthemen hat nachgelassen. Terrorismus, die Situation im Irak, Arbeitslosigkeit oder Reformen im Gesundheitswesen haben Umweltproblemen den Rang auf der öffentlichen Agenda abgelaufen. Das offenbaren aktuelle Studien des Umweltbundesamtes (UBA), der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald oder auch des Bonner Instituts Medien Tenor. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille, denn: Das Umweltbundesamt stellt gleichzeitig ein starkes Informationsbedürfnis in der Bevölkerung fest. Die Anfragen an das UBA zeigen, dass Bürger ein großes Interesse an Beratung zu verbraucherorientierten Themen und persönlichem Handeln haben. Besteht also ein Missverhältnis zwischen der Umweltberichterstattung in den Medien und den Wünschen ihrer Konsumenten?

Die Ergebnisse der Untersuchung "Umweltkommunikation im Lokalteil von Tageszeitungen" zeigen: Lokalredaktionen berichten, wenn überhaupt, vor allem über Fragen des Natur-, Tier- und Landschaftschutzes. Es folgen Berichte über politische und landschaftsplanerische Themen. Weniger Aufmerksamkeit schenken Lokalredakteure dagegen Verbraucherrelevanten Umweltaspekten wie Abfall, Energie oder Verkehr. Letzteres nehmen Bürger übrigens als größtes lokales Umweltproblem wahr. Für die Untersuchung waren Häufigkeit, Umfang, Auswahl und Darstellung von 30 umweltbezogenen Themen (von den Umweltmedien Wasser, Boden und Luft über Konsum und Umweltbildung bis zu Umweltkriminalität) in vier lokalen Tageszeitungen erhoben worden. Ergänzende Informationen lieferten Redakteure in Interviews zu ihren Einstellungen, Arbeitsweisen und Arbeitsbedingungen.

Thema Lokale Agenda 21 zu komplex

Vor allem Mitarbeitern von Umweltämtern und Agenda-Büros ist sicher nicht neu, dass kaum über die Agenda 21 berichtet wird. Grund: Den befragten Lokalredakteuren erscheinen die komplexen Inhalte des Programms zu sperrig, zu umfangreich und deshalb kaum vermittelbar. Hierüber wird erst berichtet, wenn sich anhand eines Aspektes ein Aufhänger finden lässt. Der wird aber nur selten mit weitergehender Information unterfüttert.

Redakteure orientieren sich vor allem an ihren persönlichen Interessen

Es geht jedoch auch anders. Eine der untersuchten Zeitungen berichtete über die überregionalen Folgen örtlicher Altkleidersammlungen. Das Problem besteht darin, dass die in Deutschland gesammelten Kleider zu Dumpingpreisen in Afrika angeboten werden. Das untergräbt den dortigen Bekleidungsmarkt. Ergänzend zum Bericht wurden Entscheidungshilfen für den Einkauf gegeben. Eine ganze Seite für ein Thema. Autor des Beitrags ist ein Journalist, dem die Vermittlung von Umweltthemen besonders am Herzen liegt. Das war ein Sonderfall, wie die Untersuchung zeigt, denn: Redakteure orientieren sich bei Auswahl und Darstellung von Themen vor allem an ihren persönlichen Interessen. Und die liegen meist nicht im Umweltbereich.

Verengter Blick: Zu wenig Wissen über Ökologie, Politik, Technik

Zudem verstehen die Redakteure unter "Umweltthemen" meist nur die klassischen Felder des Natur-, Tier- und Landschaftschutzes. Umweltfreundliches Einkaufen, politische Entscheidungen oder Energiesparen haben sie dagegen weniger im Blick. Erstaunlich: Manchen Befragten war gar nicht bewusst, über Umweltthemen berichtet zu haben. Das war allerdings Bedingung für die Auswahl der Interviewpartner.

Der verengte Blick auf "die Umwelt" führt zwangsläufig zu einer verkürzten Darstellung. Das zeigt sich in manchen Berichten: So wurden weder in einem Beitrag über einen verunglückten Tanklastzug mögliche Folgen für die Umwelt aufgezeigt, noch bei Artikeln über den Heizölverbrauch der Stadt oder über die Planung einer Straße. Ein Grund hierfür ist das zumeist geisteswissenschaftliche Studium der Redakteure. Journalisten mit einem technischen oder naturwissenschaftlichen Studienabschluss finden sich in Lokalredaktionen selten. Entsprechend schwer ist es, solche Themen zu erarbeiten. Unterstützend kommt hinzu, dass Lokalredakteure unter großem Zeitdruck arbeiten.

Die Liste der Defizite lässt sich fortsetzen: Hintergrundberichte findet man in Lokalzeitungen selten, Tipps zu umweltfreundlichem Verhalten fallen in der Regel ebenso unter den Tisch wie Verknüpfungen mit überregionalen Ereignissen. Eine Ausnahme bilden lediglich politische Entscheidungen oder neue Gesetze, denn "wenn eine Entscheidung in Berlin fällt, überlegen wir,

was das hier bedeutet", so ein befragter Redakteur.

Es wundert kaum, dass Regionalzeitungen in Sachen Glaubwürdigkeit bei Umweltthemen inzwischen hinter Fachzeitschriften, öffentlich-rechtlichem Fernsehen und privaten Gesprächen liegen. Das zeigte die Erhebung "Umweltbewusstsein 2002" des Umweltbundesamtes. Auch die Qualität der Berichterstattung lässt - mit der Note "befriedigend" - demnach zu wünschen übrig. Etwa 50 Prozent der Bevölkerung findet zudem, dass zu wenig über Umweltfragen berichtet wird. Diese Gruppe ist im Verhältnis zur letzten UBA-Umfrage sogar noch angewachsen.

Das Leserinteresse ist da, wird aber nur unzureichend bedient

Gleichzeitig ist der Lokalteil der Tageszeitungen eine wichtige Informationsquelle in der Bevölkerung. Dies spiegelt sich auch darin wider, dass er weitaus stärker gelesen wird als alle anderen Ressorts. Der Lokalteil dient den Lesern zur Orientierung innerhalb der Lebenswelt. Zudem übernehmen Lokalzeitungen eine bedeutende Vermittlungsfunktion zwischen Bevölkerung und Politik.

Ausweg: Konkrete Ansprechpartner suchen, Anknüpfungspunkte anbieten

Insgesamt ist also eine Diskrepanz zwischen den Inhalten von Lokalzeitungen und den Wünschen der Leserschaft abzulesen. Gleichzeitig kann eine Veränderung der Organisationsstrukturen und Arbeitsabläufe der Medien kaum erwartet werden, wie die Vergangenheit zeigt.

► Was zu tun bleibt, ist auf die Redaktionen zuzugehen, konkrete Ansprechpartner zu suchen, die Berichterstattung zu beobachten und den Journalisten Anknüpfungspunkte für umweltrelevante Themen anzubieten. Denn das erhöht die Chance auf Veröffentlichung. ■

Gastautorin: Dr. Marie-Luise Braun

• Weitere Informationen

Ausführliche Darstellung in der Dissertation der Autorin:

Marie-Luise Braun: Umweltkommunikation im Lokalteil von Tageszeitungen - Eine Untersuchung zur Kritik am Umweltjournalismus, Peter Lang Verlag, Frankfurt a. M. 2003, 205 S., 35,30 Euro, ISBN 3 631 50540 X

Nachhaltigkeitsstrategie: Nur "Potenziale älterer Männer"?

genanet: Ungleichverteilung von Arbeit und Einkommen ist nicht nachhaltig

Die Bundesregierung kommt nach Auffassung der Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit (genanet) in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie dem eigenen Anspruch, die Gleichstellung von Frauen und Männern bei allen politischen Maßnahmen zu fördern, nicht nach. In einer Stellungnahme zum Entwurf des ersten Fortschrittsberichts zur Nachhaltigkeitspolitik (DRB 09.04, S. 17/18) fordern die Autorinnen, konsequenter zu prüfen, wie Frauen und Männer in ihren sozialen Rollen unterschiedlich von politischen Planungen betroffen sind und welche Auswirkungen die entsprechenden Entscheidungen auf die Geschlechterverhältnisse haben.

Beim Thema "Demografischer Wandel" sei das Fehlen einer Geschlechterperspektive besonders auffällig. Das Kapitel im Fortschrittsbericht könnte auch "Potenziale älterer Männer" heißen, kritisierte genanet. Frauen mit ihren kürzeren und oft unterbrochenen Erwerbsbiografien seien dort gar nicht einbezogen. Dass diese Realität sich in geringeren Renten niederschlägt und somit für viele Frauen ein Problem darstellt, werde nirgendwo erwähnt. Die unterschiedliche Situation von Frauen und Männern im ländlichen Raum werde im Bericht ebenso wenig berücksichtigt wie Überlegungen, was beim Ausbau Erneuerbarer Energien zu beachten wäre, um diesen geschlechtergerecht zu gestalten.

Für die kommende Berichtsperiode müssen Gender-Expert/innen explizit in die Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden, fordert genanet. Eine Gesellschaft, in der Versorgungs- und Erwerbsarbeit und damit Einkommen, Zeitbudgets, Entscheidungsbefugnisse und Lebenschancen geschlechtsspezifisch ungleich verteilt seien, könne nicht nachhaltig sein. (mbu) ■

• Weitere Informationen

genanet - Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit, LIFE e.V., Hohenstaufenstr. 8, 60327 Frankfurt a. M.
Tel. 069 / 740-757, Fax -842
eMail: leitstelle@genanet.de
www.genanet.de

Charta Holz will Absatz einheimischer Hölzer stärken

DNR: Absatzförderung ja, doch nur bei mehr Artenvielfalt im Wald

Der DNR hat im September den Aufbau eines nationalen Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems gefordert, um die biologische Vielfalt im Wald zu erhalten. Das sei Voraussetzung für die Absatzförderung einheimischen Holzes, wie sie die "Charta Holz" vorsieht. Bundesverbraucherministerin Renate Künast hatte darin als Ziel eine Steigerung um 20 % in den nächsten zehn Jahren genannt. Der WWF und Greenpeace lehnen die Charta als unökologisch und wirtschaftsfreundlich ab.

Die Nutzung von Holz beim Bau leistet laut Verbraucherministerium einen Beitrag zur Verringerung der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre. Im Vergleich zu Stahl, Beton, Aluminium oder PVC werde Holz mit geringerem Energieaufwand hergestellt. Die Verarbeitung sei in der Regel mit kürzeren Transportwegen verbunden.

Umweltfreundlichen Rohstoff kennzeichnen

Spürbar erhöht werden kann der Holzverbrauch nach Ansicht des DNR nur, wenn die Baubranche mitzieht. In Deutschland beträgt der Anteil von Holz an der Baubsubstanz nach Angaben des DNR knapp 14 %, dagegen in Österreich 33 und in den USA 95 %. Vor allem bei der Sanierung von Millionen Wohnungen, die vor 1980 gebaut wurden, könne Holz verwendet werden, so der DNR.

Der DNR verwies auch darauf, dass ab 2006 ein Energiepass für Gebäude vorgeschrieben ist. Dieser soll vor Abschluss eines Miet- oder Kaufvertrages Auskunft über den Energiebedarf geben und gilt damit als wichtige Entscheidungshilfe für Verbraucher/innen. Der DNR plädiert für eine Kennzeichnung mit dem R-Symbol, das die Arbeitsgemeinschaft kontrolliert deklarierte Rohstoffe (ARGE kdR) vorge schlagen hat. (DRB 06.04, S. 7) (mbu) ■

• Weitere Informationen

DNR, Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
mobil: 0160 / 97209108
eMail: helmut.roescheisen@dnr.de
www.dnr.de

Wachsender Markt für Natur-Dämmstoffe

Trotz Flaute am Bau große Nachfrage nach umweltfreundlichem Material

Seit vor einem Jahr das Markteinführungsprogramm "Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen" gestartet wurde, ist der Absatz deutlich gestiegen. 25 % mehr Dämmstoffe aus Hanf, Flachs, Wiesengras oder Schafwolle seien verkauft worden, während das Marktvolumen aller Dämmstoffe in den vergangenen drei Jahren um knapp ein Fünftel gesunken sei, teilte das Bundesverbraucherministerium (BMVEL) mit. Mehr als 70.000 m³ seien bisher verbaut worden, 4.000 Bauherren hätten die Förderung in Anspruch genommen. Trotz anhaltend schwacher Konjunktur am Bau zeichne sich also ein sichtbarer Trend hin zu umweltverträglichen Baumaterialien ab.

Hanf, Gras oder Wolle für den Dachausbau

Das BMVEL fördert seit Sommer 2003 den Einsatz von Naturdämmstoffen je nach Kategorie mit 25 bzw. 35 Euro/m³. Derzeit werden 24 Produkte auf der Basis einjähriger Pflanzen aus heimischer Landwirtschaft oder aus Schafwolle bezuschusst. Grundlage dafür ist die Förderliste der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR), die das Programm im Auftrag des Ministeriums umsetzt.

Besonders gefragt sind laut FNR Dämmmaterialien aus Hanf und Flachs, Wiesengras oder Schafwolle. Die Produkte sind als Ballen, Matten, Platten, Vliese oder Schüttungen erhältlich. Wegen ihres guten sommerlichen Wärmeschutzes sind sie besonders für den Dachausbau geeignet, werden aber auch in Böden und Wänden eingesetzt. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR), Hofplatz 1, 18276 Gülzow
Tel. 03843 / 6930-0, Fax -102
eMail: info@fnr.de
www.naturdaemmstoffe.info

Umweltinformationsgesetz weiter strittig

An UIG-Novelle wird noch gefeilt

Bundesrat und Bundesregierung haben sich noch nicht auf eine Neufassung des Umweltinformationsgesetzes (UIG) einigen können. 13 von 16 Positionen des Gesetzentwurfes blieben bis September zwischen Bundesrat und Bundesregierung strittig. Das geht aus einer Stellungnahme des Bundesrates und der Gegenüberung der Regierung zur UIG-Novellierung hervor.

Einfacherer Zugang zu Informationen, Aufwertung der UVP durch Klagerecht

Mit der Novelle soll das UIG an eine EU-Richtlinie angepasst und die internationale Aarhus-Konvention (EUR Sonderteil 08.04) umgesetzt werden. 1998 unterzeichnete Deutschland diese internationale Übereinkunft, die das Ziel hat, die Öffentlichkeit an umweltrelevanten Entscheidungen zu beteiligen und Zugang zu Informationen und Gerichten zu ermöglichen. Das neue UIG soll mehr Transparenz und Bürgernähe in der Verwaltung schaffen. So werden Umweltinformationen in einigen Bereichen einfacher zu erlangen sein. Auch die Umweltverträglichkeitsprüfung wird aufgewertet, weil die Klagemöglichkeit für anerkannte Verbände an sie anknüpft.

Mehrere Vorschläge des Bundesrates hat das Kabinett jedoch abgelehnt. So will es das "Bereithalten von Informationen" nicht einschränken, um "der Flucht ins Privatrecht und einem damit verbundenen Verlust an Umweltinformationen entgegen zu wirken". Auch beim Zugang zu Informationen besteht die Regierung auf ihrer Position. Der Bundesratsvorschlag schmälere die Rechte von Bürgern und unterlaufe den Anreiz für die Verwaltung, Umweltinformationen zunehmend elektronisch verfügbar zu halten, hieß es aus dem Bundesumweltministerium. Aufgenommen hat die Regierung hingegen Änderungswünsche der Länderkammer zu informationspflichtigen Stellen, Kontrollen, Rechtsschutz und Ordnungswidrigkeiten. (mbu)

• Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU),
Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

Lesenswert, hörensenswert

Symbolische Umweltgesetzgebung: Formelkompromisse statt Lösungen

Statt ökologische Probleme wirklich zu lösen, belässt es der Gesetzgeber oft bei Formelkompromissen oder Alibi-Vorschriften. Indem solche "symbolische Gesetzgebung" ökonomisch ineffizient und umweltpolitisch wie verfassungsrechtlich fragwürdig bleibt, wird sie selbst zum Problem. Kernthese des Autors ist, dass es umso eher zu symbolischer Gesetzgebung kommt, je konträrer sich die gesellschaftlichen Interessen bei der rechtlichen Regulierung eines Umweltproblems verhalten, je höher die Kosten zur Lösung des Problems sind und je komplexer sich der Regelungsgegenstand darstellt. Indem der Autor den "Rational-Choice-Ansatz" zur Erklärung von Gesetzgebungsprozessen anwendet, beschreibt er rechtssoziologisches Neuland. Im Rahmen einer empirischen Analyse, die auch den gesetzgeberischen Absichten nachgeht, untersucht der Verfasser das Ozongesetz und das Gebot zur Abfallvermeidung im Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (als mutmaßlich symbolische Gesetzgebungsakte) sowie die 13. Bundes-Immissionschutz-Verordnung (als Gegenbeispiel). Die Ergebnisse untermauern die vorgeschlagene Theorie symbolischer Umweltgesetzgebung. (db)

Jens Newig: Symbolische Umweltgesetzgebung, Duncker & Humblot, Berlin 2003, 330 S., 89,90 Euro, ISBN 3 428 11008 0

Worldwatch-Bericht 2004: Die Welt des Konsums

Die Ignoranz gegenüber den Herstellungsbedingungen ist eine wichtige Voraussetzung für den stetig steigenden Absatz von Produkten - der mit wachsendem Druck auf Arbeitskräfte und Natur einhergeht. Heute gilt der Appell, aus sozialen oder ökologischen Erwägungen auf irgendetwas grundsätzlich zu verzichten, als politisch höchst antiquiert. In diesem Spannungsfeld bewegt sich der diesjährige Bericht des renommierten Worldwatch-Instituts. Es liefert eine Fülle von Informationen zu konkreten Produkten wie Plastiktüten, Kaffee, Limonade, Mobiltelefonen oder Baumwoll-T-Shirts, aber auch Analysen und Fakten zur weltweiten "Konsumentengemeinschaft", zu der etwa 27 Prozent der Menschheit gezählt werden. Dabei füllen die Autoren den Begriff

"Nachhaltigkeit" sowohl mit sozialen als auch ökologischen Aspekten. Es wird deutlich, dass menschenwürdige Arbeitsbedingungen oft mit umweltfreundlicher Produktion einhergehen, etwa im fairen Handel: Weil die Produzenten sicher sind, dass sie ihre Felder über mehrere Jahre bestellen, bewirtschaften sie sie entsprechend sorgfältig. Auch das Recycling von Elektrogeräten ist sozial- wie umweltpolitisch sinnvoll: Es schafft Arbeit und schont Rohstoffe. (db)

Worldwatch Institute (Hrsg.): Zur Lage der Welt - Die Welt des Konsums 2004, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2004, 350 S., 19,90 Euro, ISBN 3 89691 570 3

Schrumpfen - Wachsen durch Wandel

Was verbindet Siedlungsentwicklung, Männer und Bakterienkulturen? In ihrer Entwicklung ist ein stetiges Auf und Ab zu beobachten: Ausdehnung und Schrumpfung. In dem Band werden von 24 Autor/innen unterschiedlicher Erfahrungsbereiche und Tätigkeitsbereiche vielfältige Facetten des Wandels dargestellt und diskutiert. Das Spektrum umfasst natur- und kulturwissenschaftliche Perspektiven. (ab)

Frithjof Hager, Werner Schenkel (Hrsg.): Schrumpfen - Wachsen durch Wandel. Ideen aus den Natur- und Kulturwissenschaften, ökom Verlag, München 2003, 283 S., 22,50 Euro, ISBN 3 928244 95 7

Neue Internetseiten zu Umwelt und Gesundheit

Die neu gestaltete Internetseite des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (apug) bietet kompaktes Wissen und Tipps für Fachleute und Laien. Außerdem gibt die vom Umweltbundesamt (UBA) betriebene Seite eine Übersicht über die Forschungen zu Themen wie Wohnen, Lärm, Ernährung, Strahlung, Umweltmedizin und Risikobewertung. Auch Informationen zu wichtigen internationalen Ereignissen sind abrufbar. Volltextsuche, Glossar, Linkliste, Pressemitteilungen aller am Aktionsprogramm beteiligten Behörden sowie ein kostenloser Newsletter runden die Internetseite ab. (ab)

www.apug.de

Praxishandbuch Erlebnispädagogik

Selbst inszenierte Subkulturen zeigen, dass Kinder und Jugendliche Herausforderungen, Risiko und Spannungen suchen. In diesen Bedürfnissen Jugendlicher nach Eigenständigkeit, Emanzipation, eigenem Erleben und Austesten der Grenzen liegen zugleich Chancen für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Angesichts der zunehmenden Überforderung von Kindern und Jugendlichen im Alltag, des niedrigen Bildungsniveaus, des zunehmenden Bewegungsmangels und der wachsenden Naturentfremdung zeigt dieses Handbuch konstruktive Lernprozesse durch Erlebnispädagogik in der Jugendarbeit. Dazu stellt es vielfältige Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten anhand von Praxisbeispielen bereit. Es skizziert die erlebnispädagogischen Grundlagen und den aktuellen gesellschaftlichen Rahmen, der die Lebensgestaltung Jugendlicher heute umspannt. Dazu kommen Kontaktadressen, Literaturhinweise und eine Anleitung zum Floßbau. Ein ideales Nachschlagewerk für die Kinder- und Jugendarbeit. (ab)

Abenteuer in Bewegung - Praxishandbuch zur Erlebnispädagogik, 7,90 Euro, ISBN 3-934580-04-1; Hrsg./Bezug: Deutsche Wanderjugend, Wilhelmshöher Allee 157, 34121 Kassel, Tel. 0561 / 40049-80, Fax -87, eMail: info@wanderjugend.de, www.wanderjugend.de

Kompass für ethische Geldanlagen

Börsenkurse steigen, wenn Leute entlassen werden. Gewinne wachsen, doch die Umwelt stirbt. Dass man Geld auch anders anlegen kann, zeigt ein Buch von Publik-Forum und Frankfurter Rundschau. Es beschreibt, wie man für das Alter vorsorgen und dabei die Umwelt schützen kann, wie Banken das Geld ihrer Kund/innen in Sonnenenergie, soziale Projekte und Biohöfe investieren, und zwar so sicher wie andere Banken auch. Erklärt wird, wie kirchliche Banken mit Geld umgehen und wie (Kirchen-)Gemeinden ihr Geld für Gerechtigkeit und Ökologie anlegen können. Das Buch beantwortet auch die Frage, welche ethischen Anlagen sich für welche Sparer am besten eignen und worauf diese achten müssen. (db)

Wolfgang Kessler, Antje Schneeweiß: Die schlummernde Macht der Sparer - Kompass für ethische Geldanlagen, 2004, 192 S., 12,90 Euro; Hrsg./Bezug: Publik Forum, PF 2010, 61410 Oberursel,

Tel. 06171 / 7003-10, Fax -46, eMail: buecherdienst@publik-forum.de, Internet-Bestellung: www.publik-forum.de/shop

Spektrum der Umweltethik

Die in diesem Band versammelten Aufsätze liefern einen repräsentativen Überblick über die Positionen und Debatten in der deutschen Umweltethik. Dabei werden sowohl Begründungs- als auch Anwendungsfragen erörtert. Beiträge aus angrenzenden Disziplinen wie Umweltpädagogik, Umweltökonomie und Naturphilosophie machen einen wesentlichen Aspekt des Spektrums aus. (ab)

Konrad Ott, Martin Gorke (Hrsg.): Spektrum der Umweltethik, Metropolis Verlag, Marburg 2004, 283 S., 24,80 Euro, ISBN 3 89518 289 3

Informations-CD zum

WTO-Dienstleistungsabkommen GATS

Das GATS (General Agreement on Trade in Services - allgemeines Abkommen über Handel mit Dienstleistungen) ist ein Abkommen der Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation WTO zur Liberalisierung des Dienstleistungssektors und der öffentlichen Grundversorgung. Es führt - so befürchten Nichtregierungsorganisationen - zur Privatisierung großer Teile der öffentlichen Grundversorgung und deutlichen Qualitätseinbußen und Verteuerungen bei Dienstleistungen in Bereichen wie öffentlicher Verkehr, Energie, Wasser, Müll, Gesundheit, Bildung und Soziales führen. Attac Österreich hat eine CD zum Thema GATS zusammengestellt, auf der Expert/innen für Umwelt-, Sozial- und Entwicklungspolitik die Grundideen des GATS und die WTO-Mechanismen kurz und prägnant erklären und dann erläutern, welche Lebensbereiche besonders vom GATS betroffen sind und wie - und was dagegen getan werden kann. (mb)

"GATS zum Aufhören", CD, 6,- Euro; Hrsg./Bezug: Attac Austria, Margaretenstr. 166, A-1050 Wien, Tel. 00431 / 54641-430, Fax -435, eMail: verwaltung@attac-austria.org



Landschaftspfleger fordern Erstaufforstungsstopp

Auflichtungs-Projekte für den Erhalt offener Landschaften

Als Fazit einer mehrtägigen Fachexkursion durch Vogesen und Schwarzwald hat der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) einen Stopp der Erstaufforstungsförderung durch EU, Bund und Länder in walddreichen Mittelgebirgen gefordert. Diese stellen eine Gefahr für gewachsene Kulturlandschaften aus Wäldern und offenen Wiesen dar, so der DVL.

Um den "fatalen Folgen einer falschen Aufforstungspolitik" zu begegnen, setzen Landwirte und Politiker in den Vogesengemeinden laut DVL kommunale Landschaftspläne mit massiven "Auflichtungsprojekten" entgegen. Gemeinden mit ähnlichen Problemen schlossen sich dabei zusammen.

Auch im Südschwarzwald wurde das Problem zunehmender Verbuschung und Verwaldung erkannt, berichtet der Landschaftspflegeverband. So unterstützt die Gemeinde Münstertal im Südschwarzwald über die staatlichen Fördergelder hinaus die Haltung von Ziegen, da diese zur Offenhaltung schwieriger Hanglagen geeignet sind. Ein speziell gegründeter Zweckverband kümmert sich in Lörrach um die Landschaftspflege in schwierigen Hanglagen und unterstützt die Landwirte, wo Adlerfarn die Wiesen und Weiden zu erobern droht.

Eine übermäßige Aufforstung der Mittelgebirge verursache den Bewohnern erhebliche Probleme, mahnt der DVL. Die Gäste blieben aus, Bauern müssten aufgeben und regionale Vielfalt nehme ab. Landwirte, Gemeinden sowie Touristiker seien deshalb neben Landschaftspflege und Naturschutz gefordert, "in einer gemeinsamen Kraftanstrengung über innovative Modelle der ländlichen Entwicklung diese Regionen zu bewahren". (db) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL), Feuchtwanger Str. 38, 91522 Ansbach
Tel. 0981 / 465335-40, Fax -50
eMail: bluemlein@lpv.de
www.lpv.de
www.reginet.de

Nachhaltigkeitsindikator für Artenvielfalt erarbeitet

Bestandszahlen von 51 Vogelarten zeigen biologische Vielfalt an

In einem Forschungsvorhaben des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) ist ein Nachhaltigkeitsindikator für die Artenvielfalt erarbeitet worden, der auf der Bestandsentwicklung von insgesamt 51 Vogelarten beruht. Der Indikator soll Erfolge und Fehlentwicklungen bei der Sicherung der biologischen Vielfalt sichtbar machen.

Die Bestandsveränderungen der ausgewählten Arten indizieren die Qualität der Lebensräume und stehen stellvertretend für die Entwicklung vieler anderer Arten in der Landschaft. Die 51 Vogelarten sind den wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen in Deutschland zugeordnet (Agrarlandschaft, Wälder, Siedlungen, Binnengewässer, Küsten und Meere).

Der "Artenindikator" zeigt, dass bis 1990 ein starker Rückgang der Bestände der Vogelarten stattgefunden hat. Seitdem verläuft die Kurve relativ ausgeglichen bei etwa 70 % des Zielwertes. Um eine Verbesserung zu erreichen, müsse die Flächeninanspruchnahme für Siedlungen und Verkehr deutlich vermindert werden, so das BfN. Weiter fordert das Amt die Ausweitung eines naturverträglichen Landbaus und die konsequente Umsetzung des novellierten Bundesnaturschutzgesetzes.

Der Nachhaltigkeitsindikator für die Artenvielfalt ist einer von insgesamt 21 Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und der wichtigste Naturschutzindikator. Als zentraler Schlüsselindikator dient er auch der Überprüfung des so genannten 2010-Ziels des EU-Umweltaktionsprogramms und des internationalen Übereinkommens über die Biologische Vielfalt. (db) ■

• Weitere Informationen

Bundesamt für Naturschutz (BfN), Konstantinstr. 110, 53179 Bonn
Tel. 0228 / 8491-0, Fax -200
eMail: pbox-bfn@bfn.de
www.bfn.de

Publikation: BfN (Hrsg.), Angewandte Landschaftsökologie Heft 63, 14,- Euro; Bezug: Landwirtschaftsverlag, 48084 Münster, Tel. 02501 / 801300

Trittin wirbt für FSC-Siegel

Nachhaltigkeits-Zertifikat wichtig für den Schutz der Wälder

Bundesumweltminister Trittin hat an die Verbraucher/innen appelliert, beim Kauf von Holzprodukten auf das FSC-Siegel zu achten. Der Bund werde sich künftig bei seiner eigenen Holzbeschaffung am FSC-Standard orientieren, versprach der Minister. Dafür solle bald eine neue Beschaffungsrichtlinie beschlossen werden.

Das FSC-Zertifikat (Forest Stewardship Council) ist zur Zeit das einzige weltweit anwendbare glaubwürdige Siegel für eine kontrolliert umweltgerechte Waldwirtschaft. Zu den FSC-Qualitätskriterien gehören der grundsätzliche Verzicht auf Kahlschläge, die Erhaltung von Wäldern mit hohem Schutzwert, die Ausweisung unbewirtschafteter Waldbestände, der Vorrang für die Naturverjüngung und der Verzicht auf chemische Biozide. Über die Kriterien und die Vergabe des Siegels entscheidet in Deutschland die FSC-Arbeitsgruppe, in der Umweltverbände, Holzwirtschaft und Gewerkschaften vertreten sind.

In Deutschland sind inzwischen 500.000 Hektar Wald nach FSC-Kriterien zertifiziert. Das Bundesumweltministerium will eine umfassende FSC-Zertifizierung der Bundesforsten auf den Weg bringen. Auf Rügen ist ein Modellprojekt geplant. (db) ■

• Weitere Informationen

FSC-Arbeitsgruppe Deutschland, PF 58 10, 79026 Freiburg/Br.
Tel. 0761 / 386-5350, Fax -5379
eMail: info@fsc-deutschland.de
www.fsc-deutschland.de

Erster privat finanzierter Nationalpark

Vorpommern: Sponsoren für Peenetal-Nationalpark dringend gesucht

Im Peenetal in Mecklenburg-Vorpommern soll der erste private Nationalpark in Deutschland entstehen. Land, Bund und Umweltverbände reagierten positiv. Eines der größten Moore Europas soll geschützt werden. Dafür werden 15 Millionen Euro benötigt. Da die öffentlichen Kassen leer sind, werden dringend Sponsoren gesucht. Es wäre das erste Mal, dass ein deutscher Nationalpark privat finanziert würde.

Die Peene wurde nach der Wende zum gesamtstaatlichen Naturschutzprojekt erkoren. Dieser Status läuft aber 2008 aus. Bis dahin werden mehr als 30 Millionen Euro in das 20.000 Hektar große Gebiet geflossen sein. Zwei Drittel davon kommen vom Bund. 5.000 Hektar Land werden Bauern abgekauft, 35 Polder zurückgebaut, zahlreiche Gräben verschlossen. Darüber hinaus wollen oder können nun aber weder Bund noch Land zahlen.

75 Prozent der Flächen dürfen nicht kommerziell genutzt werden

Greenpeace-Naturschutzexperte Martin Kaiser nahm das Vorhaben vor Kritik in Schutz: "Privat heißt nicht kommerziell." Damit die Weltnaturschutzunion einen Nationalpark anerkenne, müssten ohnehin 75 % der Flächen in Ruhe gelassen werden. Allerdings solle Mecklenburg-Vorpommern den Eigentümer vertraglich verpflichten, mit Forschern zu kooperieren und mehr zu tun als nur Lehrpfade für Schüler einzurichten. (ab) ■

• Weitere Informationen

BUND, Am Kölnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: bund@bund.net
www.bund.net

Greenpeace e.V., Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg
Tel. 040 / 30618-0, Fax -100
eMail: mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de

Mehr Vögel trotz Windpark

Wybelsumer Polder: Insgesamt positive Entwicklung der Bestandszahlen

In der öffentlichen Diskussion ist immer wieder die - meist sehr intensiv vorgetragene - Argumentation zu hören, dass die Nutzung der Windenergie Natur und Landschaft, insbesondere die Vogelwelt, grundsätzlich störe oder gar zerstöre. Die teilweise zur Veranschaulichung herangezogenen Beispiele belegen die Gefahren oft zutreffend. Doch es gibt auch andere Beobachtungen.

Im Wybelsumer Polder westlich der Stadt Emden wurde 1999/2000 ein Windpark mit 44 Windenergieanlagen des Typs E66 errichtet. In der Umweltverträglichkeitsstudie und im Grünordnungsplan wurde bei der Eingriffsbeurteilung vorsorglich davon ausgegangen, dass die Rast- und Brutvögel einen Bereich von 500 Metern um die Windkraftanlagen meiden und damit die großen Ackerflächen für Gänse sowie die Spülfelder entlang des Seedeiches für Limikolen erheblich bis vollständig an Bedeutung verlieren würden. Bei einem Vergleich des Vogelbestandes im Wybelsumer Polder fünf Jahre nach Errichtung des Windparks mit dem Bestand vor Errichtung zeigte sich nun, dass die Befürchtungen unbegründet waren.

Von den 21 regelmäßig vorkommenden Gastvogelarten kommen drei Arten mit lokaler Bedeutung nach Errichtung des Windparks in geringeren Beständen vor. Bei acht Arten sind die Bestandszahlen in ihrer Bedeutung gleich geblieben. Zehn Arten haben bedeutendere Bestände erreicht als vor der Errichtung des Windparks. Nach Einschätzung der niedersächsischen Fachbehörde für Naturschutz ist der Wybelsumer Polder in seiner Bedeutung für die Gastvögel gestiegen und hat nunmehr internationale Bedeutung.

Die Ackerflächen des Polders haben eine nur geringe Bedeutung für Brutvögel. Dort kamen nur wenige Kiebitzpaare vor. Mit der Errichtung des Windparks wurde schwerer Boden für den Deichbau unmittelbarer neben Windrädern abgegraben, die Flächen wurden für den Naturschutz hergerichtet. Bereits im ersten Jahr brühten dort viele unterschiedliche Arten. Eine dreijährige Erfassung des Brutbestandes weist eine nationale Bedeutung dieses Brutgebietes nach. Offensichtlich orientieren sich die Vögel vor allem an der Eig-

nung der Brutplätze und lassen sich durch die Windräder nicht oder nur gering stören.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich der Vögelbestand im Wybelsumer Polder trotz des Windparks positiv entwickelt hat. Selbst wenn die Vögel bestimmte Bereiche um die einzelnen Anlagen meiden, so hat der gesamte Bereich dennoch an Wert gewonnen. Interessanterweise ist die positive Veränderung nur auf den Ackerflächen im Polder, nicht aber auf den Grünland- und Ackerflächen der Umgebung festzustellen. Die Zunahme der Wertigkeit ist sicherlich keine Folge des Windparks. Auch die Bodennutzung hat sich nicht verändert und es wurden keine Straßen gesperrt. Vielmehr findet hier eine natürliche Entwicklung statt, die vom Windpark nicht behindert wird.

Die Beobachtungen im Wybelsumer Polder decken sich mit der Mehrzahl der heute vorliegenden Untersuchungen. Die Vogelwelt wird offensichtlich nicht generell durch Windenergieanlagen vertrieben oder gestört. Dennoch sind in einigen Fällen Beeinträchtigungen bestimmter Arten und bestimmter Lebensstätten in bestimmten Räumen festzustellen. Aus solchen Einzelfällen eine grundsätzliche Störung der Vogelwelt abzuleiten, ist nicht nur sachlich falsch, sondern behindert eine problemorientierte Ursachen-Wirkungs-Betrachtung und zielgerichtete Lösungen. Solche Lösungen sind aber notwendig, um die wirklichen Beeinträchtigungen zukünftig vermeiden zu können. Der DNR leistet mit seinem Projekt zur "umwelt- und naturverträglichen Windenergienutzung" (EUR Sonderteil 05.04, S. 17) einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion und zur Problemlösung. ■

Gastautor/innen: Sylvia Butenschön, Günter Ratzbor

• Weitere Informationen

DNR, Projekt Natur- und umweltverträgliche Windenergienutzung an Land, c/o Ingenieurbüro für Umweltplanung Schmal + Ratzbor, Im Bruche 10, 31275 Lehrte-Aligse
Tel. 05132-5889940, Fax -823779
eMail: schmal-ratzbor@t-online.de
www.dnr.de/publikationen/dnr/archiv/eur0405-st.pdf

Lesenswert

Abenteuer Nationalpark

Das Buch macht den Leser mit der Idee der Nationalparks, ihrer Entstehung und ihrer Bedeutung für den Artenschutz bekannt. Dazu stellt der Autor die Besonderheiten der Nationalparkidee im Unterschied zu anderen Formen des Arten- und Landschaftsschutzes heraus und zeigt die Erfolge dieser Parks in den USA, in Afrika und Deutschland am Beispiel von Bison, Luchs und Berggorilla. Dem Leser werden der Badlands-Nationalpark in den USA, der Nationalpark Bayerischer Wald und der Serengeti-Nationalpark mit weiteren ostafrikanischen Schutzgebieten vorgestellt. Abgerundet wird das Buch mit Kurzinformationen über alle deutschen Nationalparks, 40 farbigen Abbildungen und Fotos sowie den wichtigsten Adressen und Informationen für alle, die sich selbst auf die Reise begeben wollen. Ein geregelter Tourismus gehört zum Konzept der Nationalparks und hilft deren Erhalt sicherzustellen. (db)

Claus Obermeier: Abenteuer Nationalpark - Der Kampf um die letzten Naturparadiese, Buchbäcker, München 2004, 105 S., 10,90 Euro, ISBN 3 9808950 7 6

Bachpatenschaften mit Schülern

In ihrer Schriftenreihe "Naturschutz im Unterricht" hat die Aktion Fischotterschutz das Heft "Unser Bach unter der Lupe" herausgegeben. Es enthält umfangreiche Arbeitsmaterialien für den Aufbau von Bachpatenschaften in der Schule (Klasse 3-7) und in der freien Jugendarbeit. Neben ausführlichen Sachinformationen werden praxistaugliche Kopiervorlagen und Arbeitsblätter geliefert, mit denen Lehrkräfte und TeamerInnen ganzheitliche Projekte an Bächen und Flüssen leicht umsetzen können. Im Mittelpunkt stehen das selbstbestimmte und fächerübergreifende Lernen mit den Projektbausteinen "Fließgewässer bewerten", "Bachpatenschaften" und "Internetpräsentation". Durch Thematisierung der menschlichen Nutzung von Fließgewässern wird auf Flussbegradigung, Gewässerausbau und Veränderung von Lebensräumen hingewiesen. Wichtiges Element ist die Projekt-Website. Hinzu kommen Erläuterungen rechtlicher Belange, Checklisten, Ideensammlungen und vielen vierfarbige Fotos. (db)

Aktion Fischotterschutz (Hrsg.): Unser Bach unter der Lupe, 7,50 Euro zzgl. 2,- Euro Versandkosten; Bezug: Gruppe Naturschutz, Sudendorfallée 1, 29386 Hankensbüttel, Tel. 05832 / 980828, eMail: gn@otterzentrum.de

Natur- und Artenschutz aus volkswirtschaftlicher Sicht

Kosten bestimmen meist die Realisierung von Projekten im Naturschutz. Der mit den Projekten verbundene volkswirtschaftliche Nutzen findet meist keine Beachtung. Das Buch zeigt, wie durch den Einsatz unterschiedlicher Methoden das ganze Spektrum naturschutzpolitischer Aktivitäten im Rahmen einer Nutzen-Kosten-Analyse erfasst werden kann. Als Fallbeispiel dient das hessische Programm zur Wiedereinbürgerung des Bibers. Das Buch richtet sich sowohl an Ökonomen als auch an Ökologen. (ab)

Ingo Bräuer: Artenschutz aus volkswirtschaftlicher Sicht - Die Nutzen-Kosten-Analyse als Entscheidungshilfe, Metropolis Verlag, Marburg 2004, 322 Seiten, 39,80 Euro, ISBN 3 89518 410 1

Biodiversitätsvernichtung

Die unablässige Reduzierung der biologischen Vielfalt ist das Ergebnis aktiven, gewaltsamen Handelns menschlicher Gemeinschaften. Die Ursachen, die dieser Zerstörungstätigkeit zugrunde liegen, sind in einer Reihe ökologisch-ökonomischer Studien untersucht worden. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass nachhaltiger Umgang mit der Biodiversität nur darin bestehen kann, eine umfassende Deeskalation der menschlichen Beziehungen zur Natursphäre einzuleiten und aufrecht zu erhalten. (ab)

Károly Henrich: Biodiversitätsvernichtung, Metropolis Verlag, Marburg 2004, 561 S., 44,80 Euro, ISBN 3 89518 436 5

■

Umweltauswirkungen der Binnenschifffahrt

UBA-Studie verglich mit Lkw- und Bahn-Güterverkehr: Kein klarer Sieger

Das Umweltbundesamt hat im März einen Bericht über die Umweltwirkungen der Binnenschifffahrt im Vergleich zu Lkw- und Bahntransporten veröffentlicht. Dabei wurden nur die direkten Wirkungen wie Emissionen von Luftschadstoffen, Kohlendioxid ausstoß und Lärm untersucht. Die Daten wurden u. a. aus vom ifeu-Institut Heidelberg verfassten Studien entnommen.

Ergebnisse der Studie

Die Untersuchung der CO₂-Emissionen ergab, dass die Bahn bessere Werte aufweist als das Binnenschiff, dieses jedoch besser abschneidet als der Lkw. Bei der Bilanz der Luftschadstoffe schnitt der Schienenverkehr am besten und der Schiffsverkehr am schlechtesten ab. Den größten Lärmpegel weist der Lkw-Transport auf, gefolgt von der Bahn. Den geringsten Lärm verursacht das Binnenschiff, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, dass das Ufer und die Böschung den Lärm auffangen.

Monetärer Vergleich schwierig

Eine Untersuchung der Stuttgarter Universität, bei der versucht wurde die Folgen für die Umwelt monetär zu erfassen, ergab geringere externe Umweltkosten beim Binnenschiffverkehr als im Schienen- und Straßenverkehr. Dabei wurden jedoch nur die Schadstoffemissionen und der Treibhauseffekt untersucht. Umweltbelastungen wie Lebensraumbeeinträchtigung und Lärmemissionen wurden außer Acht gelassen. (db) ■

• Kontakt/ Informationen

Umweltbundesamt (UBA), Postfach
330022, 14191 Berlin
Tel. 030 / 8903-0, Fax -2285
eMail: pressestelle@uba.de
www.umweltbundesamt.de

Bahn AG will Tickets erneut verteuern

Fahrpreiserhöhung im Dezember "wegen der hohen Energiepreise"

Die Bahn AG hat im September mitgeteilt, dass sie wegen der hohen Energiepreise die Tickets im Fernverkehr verteuern will. Nur fünf Monate nach der letzten Preiserhöhung sollen die Tarife am 15. Dezember um durchschnittlich 3,5 % steigen.

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) kritisierte, die Strategie, dass Vielfahrer und Stammkunden neue Sonderangebote für Neu- und Gelegenheitskunden finanzieren, könne nicht aufgehen. Irgendwann stiegen die Stammkunden aufs Auto um. Besonders negativ sieht der VCD die Abschaffung des Mitfahrer-Rabatts. Er habe die Bahn wettbewerbsfähiger gegenüber dem Hauptkonkurrent Auto gemacht.

Expertenkritik an Bundespolitik: Bahn gegenüber Lkw und Flug benachteiligt

Nach Einschätzung der Bahnexperten-Gruppe "Bürgerbahn statt Börsenbahn" (BsB) werden die "völlig überzogenen" Preiserhöhungen zu neuen finanziellen und Fahrgastverlusten führen. Sie seien allein dem Ziel geschuldet, den Börsengang der Bahn 2006 zu erzwingen. Zusammen mit den Erhöhungen vom Frühjahr würden die Bahnfahrpreise 2004 insgesamt um gut 7 % ansteigen, mehr als das Dreifache des allgemeinen Preisanstiegs und mehr, als die Energiepreiserhöhungen die Bahn kosteten. Die Bundesregierung trage eine erhebliche Verantwortung: Die Bahn werde weiter mit der Mineralölsteuer und dem halben Ökosteuersatz belastet, während der Kerosin-Verbrauch im Flugverkehr steuerfrei bleibt und Lkw-Vignette und Maut ausfielen. Der Bund habe zudem 2004 die Schieneninvestitionen massiv gekürzt. (vl) ■

• Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Eifelstr. 2, 53110 Bonn
Tel. 0228 / 98585-0, Fax -10
eMail: mail@vcd.org
www.vcd.org

Bürgerbahn statt Börsenbahn (BsB),
Exerzierstr. 20, 13357 Berlin
Tel. 030 / 492-7473, Fax -7972
eMail: buergerbahn@umkehr.de
www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de

DB-Kundencharta in Kraft

Bei Fernzug-Verspätungen über einer Stunde 20 % Nachlass per Gutschein

Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen hat die ab Oktober geltenden Entschädigungsrechte bei Verspätungen der Bahn begrüßt, fordert aber weiter gehende Regelungen. Die neue Selbstverpflichtung garantiert den Bahnkunden bei Verspätungen ab einer Stunde in Fernzügen einen Gutschein über 20 % des Fahrpreises.

Es sei positiv, dass für die neuen Kulanzregelungen die gesamte Wegstrecke, also auch verpasste Anschlusszüge auf die 60 Minuten Verspätung angerechnet würden. Dies gelte jedoch nur für Verbindungen der Bahn, nicht für Nahverkehrszüge und Anschlüsse mit privaten Bahnunternehmen, monierten die Verbraucherschützer.

Verbraucherzentrale: Für ICE-Reisende sogar Verschlechterungen

Außerdem fielen die Bestimmungen der neuen Kundencharta in vielen Fällen hinter die bisherigen Kulanzregelungen der Deutschen Bahn zurück. Bislang hätten ICE-Reisende schon für eine Verspätung von 30 Minuten einen Reisegutschein von zehn Euro erhalten, künftig bekämen sie erst ab einer Stunde einen Ausgleich. Auf die neuen Fahrgastrechte hatten sich Bahnchef Hartmut Mehdorn, Bundesverbraucherministerin Renate Künast und Verkehrsminister Manfred Stolpe Anfang Februar geeinigt. (vl) ■

• Weitere Informationen

Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, Mintropstr. 27, 40215 Düsseldorf
Tel. 0211 / 3809-0, Fax -216
www.vz-nrw.de

Halbzeit Rot-Grün: Negative verkehrspolitische Bilanz

VCD: Wende zur nachhaltigen Verkehrspolitik bleibt aus

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) hat Mitte September zur Halbzeit der Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung (siehe auch Rubrik "Verbände") eine weitgehend negative Bilanz der Verkehrspolitik gezogen. Vor allem in den richtungsweisenden Entscheidungen bei den Verkehrsinvestitionen habe sich gezeigt, dass die Koalition ihre Versprechen für eine nachhaltige und umweltschonende Mobilität nicht umsetze.

So hätten die Investitionen in Straßenneu- und -ausbau im Bundesverkehrswegeplan unter Rot-Grün neue Rekorde erreicht, bei der Schiene werde dagegen gekürzt. In der Frage nach mehr Kostengerechtigkeit zwischen den Verkehrsträgern sehe es "miserabel" aus: Aufgrund des gescheiterten Maut-Starts sei die Fahrt über deutsche Autobahnen für Lkw derzeit so billig wie seit Jahren nicht mehr. Auch der klimaschädliche Flugverkehr genieße nach wie vor weitgehender Abgabefreiheit.

Opposition blockiert im Bundesrat

Auch für konsequente Schritte zur Luftreinhaltung und für mehr Klimaschutz fehlt der Regierung nach Ansicht des VCD der nötige Mut. So sei die steuerliche Förderung des Rußpartikelfilters für Pkw immer noch eine Wackelpartie mit unsicherem Ausgang. Wirksame Maßnahmen zur deutlichen Reduzierung des Treibhausgas CO₂ im Straßenverkehr fehlten.

Doch auch die Opposition habe ihren Anteil an der schlechten Bilanz im Verkehrsbereich. So habe der Bundesrat das Steuervergünstigungsabbaugesetz gekippt, mit dem die Befreiung von der Mehrwertsteuer für europaweite Flüge aufgehoben werden sollte. Spätestens seit die CDU in der Sommerpause ihr "Zukunftsprogramm Mobilität" vorgestellt habe, sei klar, dass sie sich nicht als Verfechter einer ökologischen Verkehrspolitik bewerbe. (vl) ■

• Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Eifelstr. 2, 53110 Bonn
Tel. 0228 / 98585-0, Fax -10
eMail: mail@vcd.org
www.vcd.org

Fluglärmsgesetz unzureichend, aber unverzichtbar

Umweltverbände wehren sich gegen Verwässerung des Gesetzentwurfs

Umweltverbände haben Mitte September bei einer Anhörung im Umweltministerium den Fluglärmsgesetz-Entwurf von Bundesumweltminister Jürgen Trittin verteidigt. DNR, BUND, VCD und Robin Wood sowie die Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF) und der Deutsche Arbeitsring für Lärmbekämpfung (DAL) wehrten sich gegen Versuche der Luftverkehrsbranche und der Verkehrsminister, "die fortschrittlichsten Regelungen im Gesetzentwurf des Bundesumweltministers zu torpedieren".

VCD-Luftverkehrsexperte Helmar Pless sagte, das Gesetz stelle in seiner jetzigen Form bereits einen sehr weitgehenden Kompromiss zwischen den wirtschaftlichen Interessen und dem Schutz der betroffenen Bevölkerung dar. Die von Bundesverkehrsministerium und Luftverkehrswirtschaft geforderten Abschwächung der Lärmwerte, Rücknahme der anspruchsvolleren Werte bei Neu- und Ausbau von Flugplätzen und die Nichtanwendung der so genannten 100-100-Regelung seien nicht akzeptabel. Das Gesetz sei unzureichend, aber unverzichtbar, verpflichteten auch andere Umweltexperten bei.

Fluglärm eins der größten Umweltprobleme in Deutschland

Werner Reh, Luftverkehrsexperte des BUND, stellte klar, dass das Fluglärmsgesetz seinen Namen eigentlich nicht verdiene, da lediglich der passive Schallschutz an Gebäuden in Flughafennähe geregelt werde. Nun sei der Bundesverkehrsminister gefordert, auch den aktiven Lärmschutz beim Flugverkehr auf eine neue rechtliche Basis zu stellen, besonders für die Einführung von Nachtflugverboten. DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen sagte, vom Erfolg eines fortschrittlichen Fluglärmsgesetzes hänge die umweltpolitische Glaubwürdigkeit der Bundesregierung ab. Der Fluglärm sei bereits heute eines der größten Umweltprobleme in Deutschland.

Grenze von 67 Dezibel noch akzeptabel?

Die Flughafenbetreiber warnten auf der Anhörung vor den Kosten, die das Gesetz für sie bringen werde. Mindestens eine Milliarde Euro würde der zusätzliche Schallschutz kosten, erklärte ein Sprecher

der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV). Ihm sei unverständlich, dass der Gesetzentwurf nur 500 Millionen Euro an Belastung annehme. Der ADV kritisierte weiter, die Lärmgrenzen orientierten sich nicht am aktuellen Stand der Lärmwirkungsforschung. Eine Grenze von 67 Dezibel sei noch akzeptabel.

Das klinge nicht viel, mache aber im Vergleich zu den 65 Dezibel im Gesetz fast eine Verdopplung des Lärms aus, sagte ein Sprecher des BUND. Die Umweltverbände hätten errechnet, dass der Lärmschutz, den das Gesetz jetzt fordere, jedes Flugticket um etwa 50 Cent verteuern würde. "Das ist pro Flug der Preis für einen Schokoriegel." (vl) ■

• Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Luftverkehrsexperte Helmar Pless, Eifelstr. 2, 53110 Bonn
Tel. 0228 / 98585-20, Fax -10
eMail: helmar.pless@vcd.org
www.vcd.org

BUND, Luftverkehrsexperte Dr. Werner Reh, Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf
Tel. 0211 / 302005-16, Fax -26
eMail: werner.reh@bund-nrw.org
www.bund-nrw.de

Start der Lkw-Maut neu geregelt

Bundesamt für Güterverkehr soll technische Einsatzfähigkeit testen

Die Bundesregierung hat die Festsetzung eines neuen Starttermins für die Erhebung der Lkw-Maut neu geregelt. Wie aus dem Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Autobahnmautgesetzes für schwere Nutzfahrzeuge hervorgeht, soll zunächst das Bundesamt für Güterverkehr die technische Einsatzbereitschaft des Mauterhebungssystems feststellen und dies anschließend im Bundesanzeiger bekannt machen. Die Lkw-Maut könne dann am ersten Tag des darauf folgenden Monats erhoben werden.

Anlass für ein Änderungsgesetz war, das der vertraglich vorgesehene Starttermin 31. August 2003 nicht eingehalten worden war, da kein funktionsfähiges Mauterhebungs- und Abrechnungssystem zur Verfügung stand. Mit dem Betreibervertrag von 2002 war das Konsortium "Toll Collect" aus Telekom und DaimlerChrysler mit der Errichtung und Finanzierung sowie dem Betrieb eines Mautsystems in Deutschland beauftragt worden. Das Änderungsgesetz soll nun Rechtsicherheit für Wirtschaft und Verwaltung schaffen. (vl) ■

• **Weitere Informationen**

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 / 227-0
eMail: mail@bundestag.de
www.bundestag.de
Gesetzentwurf 15/3678

Lesenswert

Selbst- und Kundenbild von Nahverkehrsunternehmen Mit Schlagworten wie "Umdenken, Einsteigen!" oder "Ändern Sie Ihren Fahrstil!" werben deutsche Nahverkehrsunternehmen um mehr Kunden. Auf diese Weise sprechen sie aber nicht die individuellen Vorteile für ihre Fahrgäste an, sondern den Nutzen des öffentlichen Verkehrs für die Allgemeinheit. Das hat Martin Gegner beobachtet, dessen Artikel "Busse und Bahnen auf Abwegen?" in den Mitteilungen des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) erschienen ist. Die Marketingstrategie des ÖPNV ergibt sich seiner Ansicht nach aus der Ausrichtung auf die politische Öffentlichkeit. Den sich ändernden Bedürfnissen der (potenziellen) Kunden werde sie damit jedoch nicht gerecht. Für Menschen mit einem anderen Dienstleistungsverständnis bleibe der ÖPNV so auf Dauer unattraktiv. (vl)

Martin Gegner: Busse und Bahnen auf Abwegen?, In: WZB-Mitteilungen 103 (2004), S. 35-37, PDF-Download: www.wz-berlin.de/publikation/pdf/wm103/seite_35-37.pdf

■

Elbe-Hochwasser: 11,3 Milliarden Euro Schaden

Erste grenzübergreifende Dokumentation über Katastrophe

Das verheerende Elbe-Hochwasser vor zwei Jahren hat in Deutschland und Tschechien einen Schaden von 11,3 Milliarden Euro verursacht. Das geht aus der ersten grenzübergreifenden Dokumentation hervor, die Ende August in Berlin vorgestellt wurde. In dem Bericht listet die Internationale Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE) auch die Ursachen auf, die zu der Jahrhundertflut geführt haben. Unter anderem werden dort der mangelhafte Zustand vieler Deiche, fehlende Auslaufzonen und Schwächen bei den Vorkersagediensten genannt.

"Hochwasserschäden wie 2002 im Elbegebiet können wir uns kein weiteres Mal leisten", sagte Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne). Die Flutkatastrophe hatte zu den schwersten Verwüstungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs geführt. 38 Menschen waren ums Leben gekommen.

Im vergangenen Herbst hatten Deutschland, Tschechien und die EU auf der Grundlage der IKSE-Erkenntnisse einen Aktionsplan beschlossen. Darin sind bis 2015 unter anderem ein verbessertes Frühwarnsystem und eine Rückverlegung der Deiche vorgesehen. (mb) ■

• Weitere Informationen

Internationale Kommission zum Schutz der Elbe, Sekretariat, Fürstenwallstr. 20, 39104 Magdeburg
Tel. 0391 / 40003-0, Fax -11
eMail: ikse.mkol@t-online.de
www.ikse.de

Medikamentenreste gelangen ins Grundwasser

Forscher fanden Hormone, Antibiotika, Schmerzmittel und Blutfettsenker

Reste von Medikamenten gelangen in großem Umfang ins Abwasser. Eine Studie in einem Klärwerk hat erneut bestätigt, dass herkömmliche Methoden die zahlreichen Arzneimittelreste nicht aus dem Wasser holen können. Vielfach gelangen synthetische Hormone wie das Estradiol aus der "Pille" in Oberflächengewässer, ins Grund- und auch ins Trinkwasser.

Grundwasseranalysen wiesen Blutfettsenker (Clofibrinsäure), Schmerzmittel, Antirheumatika (Ibuprofen, Diclofenac) und verschiedene Analgetika sowie Röntgenkontrastmittel nach. "Diese Stoffe finden sich überall in Deutschland", erklärte Markus Lehmann von der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg. Jährlich gelangen etwa 100 Tonnen Schmerzmittel über die Toiletten in die Natur. Zusätzlich werden viele unverbrauchte Arzneimittel über die Toiletten entsorgt.

Seit den 90-er Jahren wurden die Analyseverfahren verbessert und die Gewässer genauer untersucht. Berliner Wissenschaftler wiesen 16 Verbindungen im Trinkwasser und mehr als 100 im Abwasser nach. Hauptverursacher sind nach Angaben des Lebensmittelchemikers Thomas Heberer von der TU Berlin aber nicht Krankenhäuser, sondern zu 80 Prozent private Haushalte.

Eine Studie an der Ruhr-Universität in Bochum hat einen Zusammenhang zwischen der Verunreinigung des Trinkwassers und Geschlechtskrankheiten bei Männern ergeben. Ungeklärt sind aber die langfristigen Auswirkungen auf Mensch und Natur.

Neue Verfahren können Heberer zufolge auch kleinste Dosen von Chemikalien entdecken. Zudem seien neue Techniken in Erprobung, mit denen auch herkömmliche Kläranlagen organische Spurenstoffe beseitigen können. Die Kosten würden aber oft als zu hoch angesehen. (db, mb) ■

• Weitere Informationen

Dr. rer. nat. Thomas Heberer, TU Berlin
Tel. 030 / 72796
eMail:
hebe1330@mailszrz.zrz.tu-berlin.de
www.tu-berlin.de

Volksbegehren gegen Wasser-Privatisierung

Hamburger Wasserwerke sollen im Besitz der Stadt bleiben

Die Initiative "Unser Wasser" will einen möglichen Verkauf der Hamburger Wasserwerke (HWW) verhindern. Dafür benötigt sie mindestens 61.000 Unterschriften. Von Seiten des Senats liegen zwar noch keine konkreten Pläne für einen Verkauf vor, allerdings stehen die kommunalen Wasserwerke auf der Liste der möglichen Teil-Privatisierungen.

Die Initiative befürchtet Qualitätsverschlechterungen und höhere Preise, sollte das öffentliche Monopol einem privaten weichen. Solange die Wasserwerke im Besitz der Stadt seien, stünden Qualität, Preise und Produktionsbedingungen unter Kontrolle des Parlaments. Private Unternehmen dagegen könnten kaum kontrolliert werden und wirtschafteten rein Profitorientiert, argumentierte "Unser Wasser Hamburg".

Einfluss der Kommunen auf die Wasserversorgung geht zurück

Angeichts der finanziellen Notlage der Kommunen befürchten Experten, dass sich bald nur noch reiche Großstädte rein kommunale Wasserwerke leisten können. In Deutschland ist die Wasserversorgung bislang ein wettbewerbsfreier Raum und überwiegend in kommunaler Hand. Die Privatisierung schreitet jedoch voran. So kam nach Angaben von energie.de die Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) mit der Mehrheit an den Neckarwerken Stuttgart (NWS) zu Anteilen der Stadt am größten deutschen Fernwasser-Zweckverband, der Bodensee-Wasserversorgung und zu den Wasserwerken Stuttgarts. Die Essener RWE AG erwarb die Mehrheit an der RWW GmbH Mülheim, einem der großen Wasserversorger in Nordrhein-Westfalen. Bei nur 4 % Umsatzanteil steuerte dieser Geschäftsbereich 2001 etwa 20 % zum RWE-Betriebsergebnis bei. (ab, mb) ■

• Weitere Informationen

Kampagnenbüro "Unser Wasser Hamburg", Joachim Schöfer, Koppel 30,
20099 Hamburg
Tel. 040 / 41924376
eMail:
buero@unser-wasser-hamburg.de
www.unser-wasser-hamburg.de

Zu viel Blei im Trinkwasser

Umweltkarte der Stiftung Warentest: Werte in Ballungsgebieten zu hoch

Nach der Auswertung von 23.700 Wasserproben aus den vergangenen zehn Jahren hat die Stiftung Warentest eine Umweltkarte zu Blei im Trinkwasser erstellt. Sie zeigt, dass in vielen Regionen Deutschlands das Problem noch nicht gelöst ist.

In Ballungsregionen Nord- und Ostdeutschlands wiesen mehr als 5 % der eingesandten Wasserproben einen Bleianteil über dem aktuell geltenden Grenzwert von 25 µg/l auf. Wohngebiete mit hohem Altbaubestand sind laut Stiftung Warentest oft stärker belastet als Gemeinden mit hohem Neubauteil.

Ursache für erhöhte Bleikonzentrationen im Trinkwasser sind Wasserrohre aus Blei. Ab 2013 soll der Grenzwert für Blei im Trinkwasser auf 10 µg/l sinken. (ab) ■

• Weitere Informationen

DNR-Gesprächskreis Wasser, Michael Bender, c/o Grüne Liga, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-44, Fax -33
eMail: wasser@grueneliga.de
www.wrrl-info.de

www.stiftungwarentest.de

Nord- und Ostsee immer noch überbelastet

Umweltrat fordert Korrekturen in der Fischerei-, Agrar- und Chemiepolitik

Die Meeresumwelt von Nord- und Ostsee ist nach wie vor stark belastet. Überfischung, Schadstoffeinträge und Überdüngung sowie die intensive Nutzung durch Schifffahrt, Rohstoffabbau und Tourismus beeinträchtigen vielfach massiv die marinen Ökosysteme. Diese Bilanz zieht der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen in seinem aktuellen Sondergutachten "Meeresschutz für Nord- und Ostsee". Ein wirksamer Meeresumweltschutz erfordert daher einschneidende politische Initiativen und grundlegende Korrekturen, insbesondere in der Fischereipolitik, der Agrarpolitik und bei der Chemikalienregulierung.

Das Sondergutachten gibt einen Überblick über die wichtigsten Problemfelder und die aktuelle Belastungslage. Es zeigt den wesentlichen Handlungsbedarf auf, insbesondere für die Fischerei-, Chemikalien-, Agrar- und Schifffahrtspolitik, und entwickelt Vorschläge für eine integrierte Meeresschutzpolitik auf Bundes- und EU-Ebene einschließlich einer Meeresraumordnung.

Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen berät die Bundesregierung seit 1972 zu Fragen der Umweltpolitik und hat sich dabei immer wieder auch dem Meeresumweltschutz gewidmet. Die Zusammensetzung des Rates aus sieben Hochschulprofessoren verschiedener Fachdisziplinen soll eine wissenschaftlich unabhängige und umfassende Begutachtung sowohl aus naturwissenschaftlich-technischer als auch aus ökonomischer, rechtlicher, politikwissenschaftlicher und ethischer Perspektive gewährleisten. (db) ■

• Weitere Informationen

Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU), Reichpietschufer 60, 10785 Berlin
Tel. 030 / 263696-0, Fax -109
eMail: sru@uba.de
www.umweltrat.de

Sondergutachten:
SRU (Hrsg.): Meeresumweltschutz für Nord- und Ostsee, Nomos, Baden-Baden 2004, 265 Seiten, 38,- Euro, ISBN 3 8329 0630 4

Lesenswert

Methoden einer nachhaltigen Wasserbewirtschaftung und Landnutzung

Gewässerschutz ist Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung, steht jedoch oft in Konkurrenz mit der Flächennutzung für wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb bietet dieses Buch ein integriertes Bewertungsverfahren für ein regionales Wasserressourcenmanagement. Modelle und Instrumente zur Umsetzung von Strategien einer nachhaltigen Wasserbewirtschaftung und Landnutzung werden gezeigt und diskutiert. Es werden auch Vorschläge zur Finanzierung von Leistungen für den Schutz von Grundwasser, Natur und Landschaft unterbreitet sowie Methoden ihrer Ausgestaltung präsentiert. Das Buch richtet sich an Umweltwissenschaftler, Planer und Behörden befassen. (ab)

Helga Horsch, Irene Ring, Fely Herzog (Hrsg.): Nachhaltige Wasserbewirtschaftung und Landnutzung - Methoden und Instrumente der Entscheidungsfindung und -umsetzung, Metropolis Verlag, Marburg 2004, 488 S., 44,80 Euro, ISBN 3 89518 341 5

Integriertes Küstenmanagement

Küstenregionen sind stark vom globalen Wandel betroffen, von der stetigen Zunahme der Bevölkerung bis hin zum Klimawandel. Vom steigenden Meeresspiegel sind nicht nur Inselstaaten im Pazifik bedroht, sondern auch Küstengebiete in Nord- oder Ostsee. Deshalb ist das integrierte Küstenzonenmanagement (IKZM) als Politikfeld und als Forschungsbereich entstanden. Mit seiner Hilfe sollen Konflikte um Raum und Ressourcen durch die aktive Beteiligung der betroffenen Bevölkerung und aller Nutznießer gelöst werden. Basierend auf lokalen und internationalen Erfahrungen liefert dieses Buch Grundlagen für eine Strategie Deutschlands im Rahmen der EU-Erfordernisse, um die Küstenregionen der Nord- und Ostsee zukunftsfähig zu erhalten. (ab)

Bernhard Glaeser (Hrsg.): Küste, Ökologie und Mensch - Integriertes Küstenmanagement als Instrument nachhaltiger Entwicklung, Edition Humanökologie Bd. 2, ökom Verlag, München 2004, 320 S., 29,80 Euro, ISBN 3 936581 42 8 ■

Heinz-Sielmann-Schulpreis 2005

Naturschutzprojekte von Kindern und Jugendlichen bis 31. Januar einreichen

► Seit 1995 schreibt die Heinz-Sielmann-Stiftung einen Schulpreis aus, um vorbildliche Leistungen für den Naturschutz zu fördern. Noch bis Ende Januar 2005 können sich Schulklassen und Arbeitsgemeinschaften aller Schulformen mit ihren Naturschutzprojekten, wie z. B. der Entwicklung von Artenschutzprogrammen, Kampagnen zur Agenda 21 oder dem Dreh eines informativen Films, beteiligen. Die Stiftung möchte mit dem deutschlandweiten Wettbewerb das Engagement von Kindern und Jugendlichen für die Natur fördern. Die Gewinner erhalten Geld- und Sachpreise im Gesamtwert von 7.500 Euro. Prof. Heinz Sielmann will die Auszeichnung der Sieger Mitte 2005 persönlich vornehmen. (db) ■

• Weitere Informationen

Heinz Sielmann Stiftung, Stichwort "Schulpreis", Gut Herbigshagen, 37115 Duderstadt
Tel. 05527 / 914-0, Fax -100
eMail:
info@heinz-sielmann-schulpreis.de
www.sielmann-stiftung.de
www.heinz-sielmann-schulpreis.de

Landschaftsarchitektur-Preis 2005

Projekte können sich bis zum 1. Dezember bewerben

► Seit 1993 lobt der Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA) im Zweijahres-Rhythmus den Deutschen Landschaftsarchitektur-Preis aus. Den Preis erhalten Projekte, die beispielhaft für eine sozial und ökologisch orientierte Siedlungs- und Landschaftsentwicklung sowie eine zeitgemäße Freiraumplanung stehen. Gesucht werden herausragende Planungsleistungen, die ästhetisch anspruchsvolle, innovative und ökologische Lösungen aufweisen.

Schirmherr für 2005 ist Bundestagspräsident Wolfgang Thierse. Das Preisgericht tagt am 18. und 19. Februar in Berlin, die feierliche Preisverleihung findet am 17. Juni in München, der Stadt der 22. Bundesgartenschau, statt. Die prämierten Arbeiten werden in einer Ausstellung gezeigt. Erstmals wird auch das "Buch zum Deutschen Landschaftsarchitektur-Preis 2005" der Öffentlichkeit präsentiert. Es zeigt die ausgezeichneten Projekte sowie einen Querschnitt der eingereichten Arbeiten.

Teilnahmeunterlagen können beim BDLA angefordert oder direkt im Internet heruntergeladen werden. (db) ■

• Weitere Informationen

Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA), Köpenicker Str. 48/49, 10179 Berlin
Tel. 030 / 278715-0, Fax -55
info@bdla.de
www.bdla.de

Ausschreibung von Promotionsstipendien

Thema: Ökologie und Fairness im Welthandelsregime

► Das Studentenwerk der Heinrich-Böll-Stiftung schreibt in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie fünf Promotionsstipendien zum Thema Ökologie und Fairness im Welthandelsregime aus. Das Promotionskolleg möchte wissenschaftliche Arbeiten fördern, die eine Reform des Welthandelsregimes im Sinne der Ziele Umweltschutz, Achtung der Menschenrechte und internationale Gerechtigkeit zum Gegenstand haben. (ab) ■

• Weitere Informationen

Heinrich Böll-Stiftung, Jutta Helm, Berlin
Tel. 030 / 28534405
eMail: helm@boell.de
www.boell.de/stipendien

Termine

Bundesweit relevante Umwelt-Termine
...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine
...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet
...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).
► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei info@dnr.de an.

Weitere Terminseiten im Internet
- www.bund.net/lab/reddot2/termine.htm
- www.eco-events.de
- www.energiekalender.de
- www.uvp.de/termine.html
- www.bmu.de/termine - "Konferenzen..."
- www.umweltbundesamt.de/termine/termine.htm#4
- www.nna.de
- www.umkehr.de - "Termine" (Verkehr)

Ihre Umwelt-Termine
► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

Oktober

26.10./27.10., Schwedt (Brandenburg)
Pflege und Entwicklung von Flussauen- und Seenlandschaften in Mitteleuropa
Deutsch-Polnisches Umweltbildungszentrum, Akademie Schloss Criewen
Tel. 03332 / 8388-40, Fax -48
brandenburgische.akademie@addcom.de
www.brandenburgische-akademie.de

29.10., Leipzig
Naturparke - Perspektive für ländliche Räume
Verband Deutscher Naturparke, Bonn
Tel. 0228 / 92128-60, Fax -69
info@naturparke.de
www.naturparke.de

30.10., Bonn
Die Welt braucht keine Agro-Gentechnik - Der Widerstand globalisiert sich
Fachtagung; Forum Umwelt & Entwicklung, Jürgen Maier, Am Michaelshof 8-10
Tel. 0228 / 359704
Fax 0228 / 92399356
eMail: info@forumue.de

November

4./5.11.2004, Kassel-Wilhelmshöhe
Positionierung der Umweltverbände zu den EU-Richtlinien Bauprodukte und Gebäudeenergieeffizienz - Diskussion der Instrumente zur Umsetzung der Richtlinien
Workshop, DNR/KNU; Natalie Eckelt, Koordination Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU)
Tel. 030 / 275864-76, Fax -40
natalie.eckelt@bund.net
www.bund.net
www.foeeurope.org

5.11., Nossen (bei Dresden)
3. Tagung Kraftstoff Pflanzenöl: Das Öl nach dem Öl - Was tun!?
Tagung; Grüne Liga Bundeskontaktstelle Pflanzenöl, Michel H. Matke, Hohe Str. 35, 04107 Leipzig
Tel./Fax 0341 / 9615174
auto@inoel.de

5.-7.11., Hannover
Der andere Blick: Gender Mainstreaming in der Raumplanung
Tagung; SRL e.V., Berlin
Tel. 030 / 2787468-0, Fax -13
info@srl.de
www.srl.de

5./6.11., Saarbrücken
Der Schwarzspecht - Indikator intakter Waldökosysteme?
Symposium; Deutsche Wildtierstiftung, Sven Holst, Hamburg
Tel. 040 / 733-39331, Fax -0278
schwarzspecht@dewist.de
www.DeutscheWildtierStiftung.de

6.11., Erfurt
Alter - Wirtschaft - Innovation
Tagung; Heinrich-Böll-Stiftung, Tagungsbüro, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin
Tel. 030 / 28534244
www.boell.de/arbeits
www.unternehmensgruen.de

6.11., Berlin
DNR-Mitgliederversammlung
DNR, Helga Inden-Heinrich, Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: helga.inden-heinrich@dnr.de
www.dnr.de

6.11., Rendsburg
Erheblich veränderte Gewässer
BUND Schleswig-Holstein, Dr. Ina Walenda, Kiel
Tel. 0431 / 66060-50, Fax -33
ina.walenda@bund-sh.de
www.bund-sh.de

8.-10.11., Locomm (bei Hannover)
Wirtschaftswachstum oder Klimaschutz?
Industriepolitisches Kolloquium; Evangelische Akademie, Andreas Dally
Tel. 05766 / 81108
andreas.dally@evlka.de
www.loccum.de

10.11., Lüneburg
Spannungsfeld von Hochwasser- und Naturschutz an Elbe, Oder und Donau
Stiftung Leben & Umwelt; Heinrich Böll Stiftung Niedersachsen, Hannover
Tel. 0511 / 301857-0, Fax -14
info@slu-boell.de
www.slu-boell.de

11./12.11., Quedlinburg (Sachsen-Anhalt)
Alternativen zur Gentechnik in der Pflanzenzüchtung
Bundesanstalt für Züchtungsforschung; agravivendi gGmbH, Cornelia Wiethaler, Überlingen
Tel. 07551 / 91-200, Fax -201
info@agravivendi.org
www.agravivendi.org

11./12.11., Würzburg
Welche Informationsmedien braucht Bildung für nachhaltige Entwicklung?
Akademie für Natur und Umwelt Schleswig-Holstein, Dr. Dietmar Fahnert
Tel. 04321 / 9071-40
info@umweltakademie-sh.de
www.umweltakademie-sh.de

11.11., Berlin
Woran orientiert sich Deutschlands Zukunft?
Rat für Nachhaltige Entwicklung; DNR, Annette Littmeier, Berlin
Tel. 030 / 443391-88, Fax -80
annette.littmeier@dnr.de
www.nachhaltigkeits-check.de

12.11., München

Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen: Chancen und Grenzen

Tagung; Eine Welt Netzwerk, Landeszentrale für politische Bildung, Germanwatch; FH München FB 13, Dr. Alexander Fonari
Tel. 089 / 35040796
info@eineweltnetzbayern.de
www.germanwatch.org/termine/2004-11-12.htm

12./13.11., Wiesenfelden (Niederbayern)

Neue Formen des Engagements: Zukunftspiloten, kreative Aktionen, Geschlechtergerechtigkeit

Seminar; Bund Naturschutz Bildungswerk, Wiesenfelden
Tel. 09966-1270, Fax -9020059
bw@bund-naturschutz.de
www.bn-bildungswerk.de

12.-14.11., Steyerberg (Niedersachsen)

Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften

Ökodorf-Institut, Hausen
Tel. 07673 / 887886
oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

13.11., Berlin

Die WTO nach dem Scheitern der Verhandlungen von Cancún

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, Peter Schott
Tel. 030 / 61128966
schott@bildungswerk-boell.de
www.bildungswerk-boell.de

So 14.11., KIKA

Der verzauberte Otter

12 Uhr; Umwelt-Märchen für Kinder
www.grasloewen-tv.de

18.-20.11., Havelsee

Kampagnentraining. Kleines Geld - großes Ziel

Stiftung Mitarbeit
Tel. 0228 / 6042-40, Fax -422
info@mitarbeit.de

18.-20.11., Magdeburg (Sachsen-Anhalt)

Globalisierung gestaltet Kommunen - Kommunen gestalten Globalisierung

9. Bundeskonferenz; inWEnt gGmbH, Michael Marwede, Bonn
Tel. 0228 / 2434632
michael.marwede@inwent.org
www.service-eine-welt.de

19./20.11., Laufen

Natur- und Landschaftsführer/innen: Ausbildung und Abstimmung

Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege
Tel. 08682 / 8963-0, Fax -17
poststelle@anl.bayern.de
www.anl.bayern.de

24./25.11., Greifswald (Vorpommern)

Steuerungsimpulse für eine nachhaltige Regionalentwicklung

Akademie für nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern; Institut für Kreislaufwirtschaft, Bremen
Tel. 0421 / 5905 23-11, Fax -49
wittmai@hs-bremen.de
www.lKrw.de

26.-28.11., Verden (bei Bremen)

Wie zukunftsfähig ist unser Stil zu leben?

Seminar; Bewegungsakademie, Elin Kuttimalai, Verden
Tel. 04231 / 957-595, Fax -400
info@bewegungsakademie.de
www.bewegungsakademie.de

27.11., Düsseldorf

Goldene Bilanzen: Ökonomie frisst Ökologie

Tagung; Coordination gegen Bayer-Gefahren, Düsseldorf
Tel. 0211 / 3339-11, Fax -40
eMail: cbgnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.org

Dezember

2.12., Frankfurt a. M.

Mit neuen Technologien zu mehr Effizienz und Transparenz im Umwelt- und Arbeitsschutz

B.A.U.M., VBU, TechniData;
B.A.U.M. e.V., Fr. Marotta
Tel. 040 / 490711-06, Fax -99
info@baumev.de
www.baumev.de

27.-30.12., Magdeburg

37. BundesökologieTreffen (BÖT)

Vernetzungstreffen; Bundeskoordination Studentischer Ökologieinitiativen (BSÖ)
Tel. 030 / 2093-1749, Fax -1649
info@bsoe.info
www.bsoe.info/saga/saga.html

2005

16.-22.1., Laufen (Oberbayern)

EU-Habitat-Richtlinie, kontinentale und pannonische Region

Fachtagung Insekten (engl.); Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege
Tel. 08682 / 8963-0, Fax -17
poststelle@anl.bayern.de
www.anl.bayern.de

22.-25.9., Augsburg

Renexpo 2005 - Messe für Erneuerbare Energien

Erneuerbare Energien Kommunikations- und Informationsservice GmbH, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.renexpo.de

21.-23.10., Wetzlar (Hessen)

EnergieTage Hessen 2005 und Passivhaus Hessen 2005

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.energetage.com

21.-24.10., Augsburg

IHE Holzenergie 2005

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.holz-energie.de
(db, ab, mb) ■

Regelmäßige Umweltsendungen

Feste Umwelt-Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Umweltsendungen muss man heute leider mit der Lupe suchen - hier ist die "Lupe". Viele Redaktionen bieten übrigens Vor- und Rückschauen, Sende-Manuskripte und Zusatzinformationen im Internet an.

► Für Korrekturen an dieser Zusammenstellung ist die DRB-Redaktion dankbar.

Diese Liste (mit allen Links) im Internet: www.dnr.de/umweltinfo ("TV + Radio")

1. Rundfunksendungen

Umwelt und Landwirtschaft

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt ("Archiv")

Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05-11.45, DeutschlandRadio www.dradio.de/dlr/sendungen/wissenschaft/natwi.html

Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR 1 (Südwestrundfunk) und SWR cont.ra Web-Radio www.swr.de/contra

GLOBAL 3000

erster Mo im Monat 20.00-21.00 (Wiederholung Di 14.00-15.00), Radio Dreyeckland Freiburg 102,3 (freies Radio) www.rdl.de/global30.html

Radio Rainbow

Do 20.00-21.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio) <http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

Friedemann Grün

letzter Mi im Monat 20.00-22.00 Radio freeFM Ulm 102,6 (Freies Radio) www.friedemanngruen.de

2. Fernsehsendungen

Terra Nova

Neuer Spartenkanal für Naturfilme (Ablösung für Musikkanal Onyx) Sendungen: "Green Planet", "TierWelten", "Nature & Science" u.a. www.terra-nova.tv

ZDF.umwelt

Magazin für modernes Leben So 13.15-13.45, ZDF www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

Ozon

Umweltmagazin Di einmal im Monat, 22.15, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) www.rbb-online.de/ozon

Unser Land

Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR) www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

Unkraut

Umweltsendung für junge Leute Mo (14-tägig) 21.20-21.45, Bayerischer Rundfunk (BR) www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut

service: natur

Sa 19.00-19.30, Hessischer Rundfunk (HR) www.hr-online.de/fs/servicenatur

Arte Umweltsendungen

Mo 19.00-19.45, Arte (3. Mo im Monat: Sylva - von Bäumen und Menschen) www.arte-tv.com/emission/emission.jsp?node=-1801

Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz) www.sfdrs.ch

Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder Sa, 11.10-11.35, ZDF So 15.00-15.30, Kinderkanal (KIKa) www.tivi.de/loewenzahn (mb, ab) ■

TV-Vorschau Natur und Umwelt

Vier-Wochen-Vorschau

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen: www.prisma-online.de/tv/suche.html

"Der Grüne Kanal - Die ökologisch korrekten Fernsehtipps"

Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsangabe in mehreren Sätzen zu jeder Sendung. (mb)

www.bio.de/gruenerkanal.php4 ■

Aktuelle Umwelt-Informationen per eMail

Übersicht: 40 kostenlose Newsletter

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten per eMail zu - in der Regel kostenlos. Das Spektrum reicht von allgemeinen Umweltinformationsdiensten über gängige Themenbereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu "grüner" Beschaffung.

Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte, nach Themen geordnete Übersicht von über 40 solcher Diensten ist im Internet zugänglich. (mb)

www.dnr.de/umweltinfo ■

Umwelt-Diskussion im Internet

"Grünes Forum": 11 Themenkomplexe und 16 Bundesländer zur Auswahl

► Das "Grüne Forum" ist eine ökologische Diskussionsplattform im Internet. In dem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Informationen und Meinungen zu Umweltthemen ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tierschutz, Wirtschaft) und nach Bundesländern. (mb)

www.gruenes-forum.net ■

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: "DRB 04.03" weist z.B. auf Heft 4 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2003 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. "EUR 05.03". Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: www.dnr.de/dr/b, "Bisherige Ausgaben".

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe "Weitere Informationen" unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationsdienst www.ngo-online.de.

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/dr/b

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: www.dnr.de/publikationen/infoservice

Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers überein. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR. Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem Nord-Südpolitischen Dachverband Venro. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: www.dnr.de/publikationen/eur www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzinges

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 EUR pro Jahr im eMail-Versand
 - 52 EUR pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 57 EUR pro Jahr für das Heft* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 EUR pro Jahr im eMail-Versand
 - 103 EUR pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 113 EUR pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 EUR Zusatzporto bei Auslandsversand

- als Förderabonnement**
- 180 EUR oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:
Bankleitzahl:

- gegen Rechnung an die oben angegebene / folgende Adresse:**

Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax
eMail: